

# Kein

## Aus dem Inhalt:

- Bilanz des Krieges gegen Terror** 3  
Die Folgen der Kriegslügen für die Uno und den Nahen Osten
- Hilfswerke im Irak** 4  
Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH im Irak
- Militärmacht Europa** 5  
Auch die EU will militärischer Akteur werden
- Handlungsbedarf** 6  
Feministische Visionen gegen Krieg und Gewalt

Nr. 5 September 2003

# Krieg

## Krieg gegen Terror Terror gegen Krieg

Die USA und ihre Verbündeten haben, nach den Anschlägen vom 11. September 2003, den «Krieg gegen Terror» begonnen. Zwei Jahre später stellen wir fest: Der Terror hat zu Krieg geführt. Und der Krieg hat zu Terror geführt.

Die zahlreichen Anschläge in Afghanistan, im Irak und in anderen Ländern zeigen, dass sich die Gewaltspirale mit Bomben nicht aufhalten lässt. Im Gegenteil: Zwei Jahre nach Beginn des Krieges ist kaum ein Konflikt entschärft, aber viele ausgedehnt worden. Die Artikel dieser Zeitung zeigen, dass der Frieden schlechte Karten hat, solange der «Krieg gegen Terror» weitergeht.

Ziel des Zeitungsprojekts *KeinKrieg* war es, den «Krieg gegen Terror» kritisch zu hinterfragen. Diese Arbeit ist, wie oben gezeigt, nicht zu Ende. Trotzdem ist dies die vorläufig letzte Nummer der Zeitung *KeinKrieg*. Finanzielle und personelle Gründe zwingen uns, uns vermehrt wieder auf unsere weiteren Projekte zu konzentrieren. Nicht ausgeschlossen ist aber, dass wir – wenn wir die Möglichkeit dazu erhalten – auch in Zukunft weitere Nummern der Zeitung produzieren.

An dieser Stelle möchten wir allen, die unsere Arbeit mit Spenden oder Reaktionen unterstützen, ganz herzlich danken. Ohne Ihr Engagement wären die bisherigen fünf Nummern der Zeitung *KeinKrieg* nicht möglich gewesen.

Die Redaktion der Zeitung *KeinKrieg*

## Schlechte Karten für den Frieden

**Zwei Jahre sind vergangen seit den Attentaten vom 11. September 2001. Der darauf folgende «Krieg gegen Terror» hat keine Sieger hervorgebracht. Aber viele VerliererInnen. Wir stellen die Frage, was die offizielle Schweiz getan hat, um diese Entwicklung zu verhindern.**

Von Barbara Müller und Stefan Luzi \*

Drei Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 führte das Meinungsforschungsinstitut «Gallup International» in 33 Ländern eine Umfrage zur folgenden Frage durch: «Wenn die Identität der Terroristen bekannt ist, sollte die amerikanische Regierung einen Militärangriff auf das Land/die Länder starten, in denen die Terroristen ihre Basis haben, oder sollten die Terroristen vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden?» Lediglich in drei Ländern sprachen sich Mehrheiten für einen Militärangriff aus: In Israel (77%), Indien (72%) und den USA (54%). Der Friedensforscher Johann Galtung kommentierte dieses Resultat mit den Worten: «Es gibt in der Weltbevölkerung zu dieser Frage eine solide Basis für eine Regelung nach Gesetz sowie für eine Nord-Süd-Friedensbewegung und nicht für eine Regelung nach Macht.»

Zwei Jahre später stellen wir fest: Den Mächtigen dieser Welt war die Forderung nach einem Stoppen der Gewaltspirale egal – im Gegenteil nahmen sie einen enormen Schaden in Kauf: Was rechtfertigte die Tausenden toten ZivilistInnen in Afghanistan und im Irak? Was die Marginalisierung der Uno, die Repression, die Einschränkung der BürgerInnenrechte und Verschärfung der sozialen Gegensätze im Innern angreifender und angegriffener Länder, die Kontrolle unabhängiger

\* Barbara Müller ist Mitarbeiterin der cfd – Frauenstelle für Friedensarbeit, Stefan Luzi ist Sekretär der GSOA

Medien, die rechtswidrige Gefangenhaltung von Hunderten von Menschen? Was die krasen Lügengebilde, die durch rassistische Äusserungen verletzen religiösen Gefühle und die «Neben- und Auswirkungen» des «Krieges gegen Terror» auf andere Konflikte?

Und welchem Zweck dienten die zwei Kriege, wenn das erklärte Ziel – die Terroristen zu fassen, die Massenvernichtungswaffen zu finden (im Fall von Irak) und die Frauen zu «befreien» (im Fall von Afghanistan) – offensichtlich nicht erreicht wurden und die Welt, wie die zahlreichen Terroranschläge der letzten zwei Jahre zeigen, nicht «sicherer» geworden ist? Welche andere Antwort kann es auf diese Fragen geben ausser derjenigen, dass die Mächtigen dieser Welt diese Schäden bewusst in Kauf nahmen und nehmen, weil sie sich davon die Erfüllung anderer Ziele und Interessen versprechen? Aber wo wirtschaftliche und strategische Interessen im Vordergrund stehen – und dies lässt, denkt man an die Zukunft Iraks und Afghanistans, Schlimmes befürchten –, hat der Frieden schlechte Karten.

### Die offizielle Schweiz enttäuschte

«Hass, Terror, Krieg sind nie die Mittel, um Konflikte zu lösen und schon gar nicht, um Gerechtigkeit herzustellen.» Diese Worte faxte der damalige Bundespräsident der Schweiz, Moritz Leuenberger, am Tag nach den Anschlägen vom 11. September 2001 an US-Präsident Bush. Sie sollten die klarsten Worte bleiben, welche die offizielle Schweiz gegenüber dem «Krieg gegen den Terrorismus» der USA fand. Als Bundesrätin Micheline Calmy-Rey am WEF-Treffen in Davos mit US-Aussenminister Collin Powell ebenfalls Klartext sprechen wollte, wurde sie als diplomatisch ungeschickt gerügt und ausgebremst. Bundesrat Joseph Deiss hingegen fand verständnisvolle Worte gegenüber den brutalen Bombardierungen Afghanistans: «Der Bundesrat ist der Meinung, dass der massive Terror gegen die USA, der Tausende von Todesopfern forderte, eine entschlossene und gezielte Antwort erfordert, um

weitere terroristische Grossangriffe zu verhindern.» Und Bundesrat Pascal Couchepin liess sich einen Tag nach Beginn des Krieges gegen den Irak gar zu einer Rede hinreissen, die der «Tages-Anzeiger» als «devot gegenüber den Amerikanern» bezeichnete. Darin gab er vor, nach welchen Kriterien sich die Schweizer Aussenpolitik in Bezug auf den Krieg im Irak seiner Meinung nach richten sollte: «Der Bundesrat verfolgt die Entwicklung des Konfliktes mit grösster Aufmerksamkeit, um nachteiligen Folgen für die Schweizer Wirtschaft vorzubeugen. Er sorgt namentlich dafür, dass die Versorgung mit Erdöl und Lebensmitteln sichergestellt ist». Wer hier mit «Erdöl und Lebensmitteln» versorgt werden sollte – die IrakerInnen oder die SchweizerInnen –, bleibt auch beim nochmaligen Durchlesen der Äusserung unklar und ist bezeichnend für eine Haltung der (offiziellen) Schweiz, die sich in erster Linie auf mögliche ungünstige Auswirkungen auf die Schweiz konzentrierte. Wie anders lässt sich erklären, dass die Schweiz die Rüstungszusammenarbeit mit den USA und Grossbritannien auch während des Krieges nicht einstellte – mit der (haarsträubenden) Rechtfertigung, die gelieferten Waffenteile wären beim stattfindenden Krieg sowieso nicht einsetzbar? Da konnte es auch nicht wirklich verwundern, dass die Schweiz bereits elf Monate nach dem Beginn der Bombardierungen von Afghanistan den Ausschaffungsstopp afghanischer AsylbewerberInnen aufhob, auch wenn in Afghanistan die Bombardierungen, internen Clan-Kämpfe und brutalen Gefangenenbehandlungen bis heute anhalten.

### Friedlicher ist die Welt nicht geworden

Tausende von Menschen in der Schweiz waren mit den Kriegsreden und -handlungen von George W. Bush und seinen Alliierten und mit der Haltung des Bundesrates nicht einverstanden, forderten an Demonstrationen eine klare Verurteilung des völkerrechtswidrigen Krieges

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

gegen Irak und zeigten (und zeigen) mit den PACE-Fahnen, wofür sich die Schweiz einsetzen sollte. Auch die Redaktion der Zeitung *KeinKrieg* hat durch ungezählte Telefonanrufe erfahren, wie nahe dieser Krieg vielen Menschen in der Schweiz wirklich ging. Dass nun, nachdem der Krieg im Irak offiziell für «beendet» erklärt worden ist, die Erschöpfung auch bei vielen friedenspolitisch Engagierten in der Schweiz gross ist, ist verständlich. Man möchte – nach dem Motto: «zum Glück ist das alles vorbei» – einen Schlussstrich hinter die Unsicherheiten und Ängste der letzten Monate ziehen.

Doch friedlicher ist diese Welt nicht geworden: Die USA haben bewiesen, dass sie zur Durchsetzung ihrer Interessen jederzeit einen Krieg führen werden – auch wenn die Uno, das Völkerrecht und die Mehrheit der Menschen dieser Welt dagegen sprechen. Russland erhielt seit den Anschlägen auf die Oper in Moskau quasi eine «carte blanche», um die tschetschenischen «Terroristen» zu bekämpfen. Und der erste militärische Einsatz der EU in Afrika (vgl. auch S. 5) wie auch der erste «out of area»-Einsatz der NATO in Afghanistan deu-

ten darauf hin, dass – als Folge des «Krieges gegen Terror» – die Bedeutung der Uno immer kleiner zu werden droht, während im Gegenzug regionale Machtgefüge ihren Einfluss verstärken. Ein Schritt hin zu einem funktionierenden System kollektiver Sicherheit auf globaler Ebene ist das sicher nicht – eher ein Rückschritt zu einem System, in der die Macht der Stärkeren sich gegenüber der Stärke des Rechtes durchsetzt.

Als friedenspolitisch interessierte Menschen in der Schweiz sind wir daher aufgefordert, die Rolle der Schweiz in dieser Entwicklung kritisch zu hinterfragen: Ist die aktuelle Sicherheits- und Friedenspolitik der Schweiz wirklich ein Beitrag zu einer gerechteren und damit friedlicheren Welt? Und trägt die Schweiz zu mehr Sicherheit auf dieser Welt bei, wenn sie die Sicherung von wirtschaftlichen Interessen höher gewichtet als das Unrecht, das unzähligen Menschen in den Kriegen dieser Zeit geschieht? Zu tun, dies zeigen auch die folgenden Artikel, gäbe es vieles. Denn Frieden schafft man nicht mit Waffen – sondern mit Menschen, die für eine gerechtere und solidarischere Welt eintreten.

## Kein Frieden ohne soziale Sicherheit!

**Tausende von Menschen gingen im Frühjahr dieses Jahres in der Schweiz gegen den Krieg auf die Strasse. Diesen Herbst stehen Mobilisierungen gegen «Rentenklaue» und gegen Steuergeschenke für Reiche an. Gibt es Berührungspunkte zwischen Antikriegsprotesten und dem Widerstand gegen Sozialabbau?**

Von Nico Lutz \*

Explodierende Rüstungsausgaben und Kahlschlag im Sozialbereich – das ist die Politik der USA der vergangenen Jahre. Während die Militärausgaben seit 1999 von 270 Milliarden Dollar auf rund 500 Milliarden Dollars fast verdoppelt wurden, meldeten die Verwaltungen der grossen amerikanischen Städte kürzlich einen Notstand bezüglich Anträgen auf Sozialhilfe und Notunterkünften. In den USA hat sich der Graben zwischen Armen und den sogenannten «Superreichen» in den letzten Jahren massiv vergrössert. Laut einer Untersuchung des «Internal Revenue Service» verdienten die 400 reichsten Amerikaner im Jahr 2000 im Durchschnitt 174 Millionen Dollar. Ihr Einkommen ist zwischen 1992 und 2000 um das 15-fache gewachsen. Das Durchschnittseinkommen der unteren 90 Prozent hingegen nahm im gleichen Zeitraum gerade um 17 Prozent auf 27 000 Dollar zu. Und die Reichen konnten erst noch von gigantischen Steuergeschenken der Regierung Bush profitieren.

### Eine Hand wäscht die andere

Es ist nachvollziehbar, warum der Krieg gegen den Irak, der die amerikanischen Steuerzahler täglich Millionen Dollars kostet, ohne wahrnehmbare Opposition aus der Wirtschaft geführt werden konnte und geführt werden kann: Mit dem Verweis auf die unvermeidbaren Kosten im «Krieg gegen Terrorismus» wurden die staatlichen Sozialausgaben reduziert, die Verteidigungsausgaben sowie die Mittel für die «Homeland-Security» aber massiv aufgestockt. Die Gewinne der Rüstungs- und Sicherheitsfirmen steigen. Die gesamte US-Wirtschaft profitiert auch von hochdotierten Aufträgen an US-Firmen für den Wiederaufbau in Afghanistan und im Irak.

### Und die Schweiz?

In der Schweiz ist ein Zusammenhang zwischen Kriegspolitik und Sozialabbau weniger offensichtlich. Die Schweizer Armee ist an keinem Offensivkrieg beteiligt und die Militärausgaben waren seit 1999 gar leicht rückläufig. Und dennoch gibt es Parallelen zur Entwicklung in den USA: Zum einen hat sich die Schweizer Armee in den letzten Jahren in Bewaffung und Doktrin kontinuierlich der NATO angenähert. Dies in einem Zeitraum, in dem sich die NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einem Militärbündnis gewandelt hat, welches die Interessen der Mitgliedstaaten auch ausserhalb ihres Territoriums «verteidigen» will. Zum anderen stehen auch in der Schweiz diverse Vorschläge zur Debatte, welche die soziale Sicherheit gefährden. Wie die kürzlich erschienene Studie «Soziale Ungleichheit in der Schweiz» aufzeigt, verdient das reichste Fünftel der Erwerbstätigen ca. 45 Prozent des Gesamteinkommens. Mit dem von den Räten verabschiedeten Steuersenkungspaket erhalten diese Steuergeschenke im Umfang von rund vier Milliarden Franken – auf Kosten des öffentlichen Verkehrs, der Bildung, der AHV, der Entwicklungszusammenarbeit und der Umwelt. Die geplante Erhöhung des Rentenalters und die Senkung der Renten werden zudem dazu beitragen, dass die soziale Ungleichheit zu- und nicht abnehmen.

### Für eine gerechtere Welt

Eine Welt, in der die Kluft zwischen Armen und Reichen immer grösser wird, kann keine friedlichere Welt werden. In einer Welt, in der sich die reichen Staaten des Nordens zusammenschliessen, um ihre Privilegien mit militärischen Mitteln abzusichern, werden Kriege zur brutalen Normalität. Und ein Engagement gegen eine weltweite ungerechte Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen gehört zusammen mit Widerstand gegen Sozialabbau und Umverteilung in der Schweiz. Für die Gewerkschaften in der Schweiz ist dies selbstverständlich – darum haben sie sich an den Protesten gegen den Krieg aktiv beteiligt. Es ist zu hoffen, dass auch die Zehntausenden von Friedensbewegten diesen Herbst erneut auf die Strassen gehen, um sich gegen den Abbau von sozialen Sicherheiten in der Schweiz zu wehren.

\* Nico Lutz ist Sekretär der GSoA und der Gewerkschaft VPOD

## Kleinwaffen abschaffen!

Im Rahmen der UNO-Konferenz über die Ausbreitung von Kleinwaffen hat die Schweiz anfangs Juli dieses Jahres die in Genf erarbeitete Studie «Small Arms Survey 2003» vorgestellt ([www.smallarmsurvey.org](http://www.smallarmsurvey.org)). Die Schweiz gehört zu den Hauptsponsoren des von zwölf Staaten finanzierten unabhängigen Forschungsprojektes. Ziel des Forschungsprojektes ist es, Daten und Analysen zur Kleinwaffenproduktion, -beständen und -flüssen zu erarbeiten sowie Auswirkungen der unkontrollierten Verbreitung und des Missbrauchs von Kleinwaffen bekannt zu machen. Die diesjährige Studie behandelt als ein zentrales Thema die negativen Auswirkungen von Kleinwaffen auf die menschliche Entwicklung, sei es im sozialen oder wirtschaftlichen Bereich sowie die Konsequenzen für die betroffenen Gesellschaften.

Das Schweizer Engagement im Bereich des weltweiten Kleinwaffenproblems beschränkt sich aber leider nicht nur in sinnvollen Forschungsprojekten dieser Art. Seit die bundeseigene RUAG im Sommer 2002 das Kleinkaliber-Munitionsgeschäft der deutschen Firma Dynamit Nobel übernommen hat, gehört die Schweiz zum führenden Anbieter in diesem Bereich in Europa. Damit setzt die RUAG den Beschluss des Verwaltungsrates um, den Anteil von Dritt-Aufträgen, insbesondere auf dem europäischen Rüstungsmarkt, zu steigern.

Die Politik des Bundes, der auf der einen Seite sinnvolle Projekte zur weltweiten Eindämmung der Kleinwaffen finanziert, während auf der anderen Seite der bundeseigene Betrieb zur Verbreitung der Kleinwaffen beiträgt, ist widersprüchlich und verantwortungslos. Einmal mehr torpedieren wirtschaftliche Rüstungsinteressen somit eine kohärente Aussenpolitik.

Den Finger auf diese Widersprüchlichkeit der schweizerischen Politik und insbesondere auch auf den privaten Waffenbesitz in der Schweiz legt die «Schweizerische Kampagne gegen Kleinwaffen», die der Schweizerische Friedensrat im Herbst 2002 mit einer Petition lanciert hat. Darin heisst es: «Die Schweiz ist mit hunderttausenden von Waffen in privatem Besitz eines der waffendurchtränktesten Länder der Welt. Ihre Waffengesetzgebung, sowohl was den ausgedehnten privaten Handel wie den problemlosen Besitz betrifft, ist äusserst liberal.» Die Kampagne fordert aus diesem Grund eine Totalrevision des Waffengesetzes.

Weitere Informationen und ein downloadbarer Petitionsbogen sind unter [www.friedensrat.ch](http://www.friedensrat.ch) oder beim Schweizerischen Friedensrat, Postfach 6386, 8023 Zürich, Tel. 01 242 93 21, erhältlich.



## Schweizer Sozialforum

Vom 19.–21. September 2003 findet in Freiburg das Treffen des Schweizer Sozialforums statt. Das Schweizer Sozialforum versteht sich, gemäss der Grundsatzklärung, «mit dem Geist des Weltsozialforums von Porto Alegre, des Europäischen Sozialforums von Florenz und der anderen kontinentalen Foren als ein offener Ort und Prozess» zur Vernetzung der sozialen Bewegungen in der Schweiz. Zu folgenden Themen werden in Freiburg Konferenzen und Workshops durchgeführt: Finanzplatz Schweiz, Rentensicherung, Migration, marktwirtschaftliche Liberalisierungen, Sozialabbau, Krieg und Frieden und anderen. Am Samstag, 20. September 2003, beteiligt sich das Sozialforum an der Grosskundgebung «Hände weg von der AHV – Hände weg von den Renten» in Bern (13.30 Uhr, Schützenmatte, Bern, weitere Informationen unter [www.sgb.ch](http://www.sgb.ch))

Weitere Informationen zum Sozialforum unter [www.socialforum.ch](http://www.socialforum.ch)

## Der 11. September

Es gibt keinen Namen, nur ein Datum. Als soll eine Zäsur markiert werden. Ein Vorher, ein Nachher und seine Schnittstelle, die sich nicht auf den Begriff bringen, sondern nur als ein Ereignis in der Zeit festhalten lassen. Man sagt «der 11. September» und es braucht keine weiteren Erklärungen; man landet immer zuerst bei den Bildern, die eingegangen sind in die Galerie des Schreckens. Alles, was seither geschah, hat es schwer, gegen diese Bilder anzukommen.

Die Welt wird ein weiteres Mal geteilt in Zivilisation und Barbarei. Und weil die zivilisierte, demokratische, freie Welt geschützt werden muss, muss sie lernen, sich nicht mehr so zivilisiert zu benehmen. Das mag ein Widerspruch sein und der Glaubwürdigkeit abträglich, geht aber relativ leicht von der Hand. Wieso sorgfältig das Terrain erkunden, wenn man Kampfstiefel an den Füßen trägt, Türen öffnen, wenn man sie auch eintreten kann, genau hinschauen, reden, verhandeln, wenn man eine Waffe in der Hand hält? Genuaigkeit, Sorgfalt und Besonnenheit im Denken und Tun und bei alledem womöglich auch noch das eigene Tun kritisch im Auge behalten, das ist so furchtbar kompliziert, löst die Probleme zu wenig schnell und bringt keine Wählerstimmen. Alles zusammenbomben hilft zwar augenscheinlich ebenfalls nicht, aber man hat wenigstens etwas getan. Stark sein, viril, laut und tödlich, nebenbei ein paar alten Interessen mit neuen Rechtfertigungen – Kampf gegen den Terrorismus – nachgehen, das hilft ein wenig, Schock, Schmerz und Kränkungen, die der 11. September verursachte, abzumildern.

Es ist schwer, gerecht zu sein. Im Tun, aber auch im Urteilen – vor allem aus der komfortable Warte des zuschauenden Kommentierens. Das macht es anfällig für Arroganz. Es gibt Tag für Tag zu viele Botschaften, die einem gute Gründe liefern, die USA zu kritisieren. Das war schon vor dem Krieg gegen den Terror so. Man kann von morgens bis abends einfältig sagen, zynisch, anmassend, dreist und rücksichtslos. Man kann Kyoto sagen, Afghanistan, internationaler Strafgerichtshof, Uno, et cetera. Wenn man sich Mühe gibt, kann man auch ein paar positive Dinge nennen, im Moment fällt mir einfach gerade nichts ein – Liberia vielleicht?

Aber man selbst? Im Besitz guter Ideen, Ideen des Besseren? Sicher, nur fehlen einem leider die Mittel. Dann wenigstens «so nicht» sagen, an keiner Demonstration fehlen, sich informieren, abendfüllend die grundlegenden Mängel der weltpolitischen Hauptakteure diskutieren, immer atemloser die Gründe nennen, die es beinahe unmöglich machen, zu sagen, was überhaupt etwas zu lösen vermag, um schliesslich erschöpft und erleichtert zu verstummen im Wissen, dass man ja keine weltbewegenden Entscheidungen zu treffen hat. Die Welt ist schlecht, ihre Erlöser können nicht gut sein, so hat es einst Manès Sperber formuliert. Zwei Jahre sind inzwischen vergangen. An Erlösern fehlt es nicht, aber auch mit ihren schlechten Mitteln haben sie kaum etwas gut gemacht.

Fast täglich, an ungezählten Orten, scheint es, explodiert die Welt. Auch im kleinen Schrecken. Grausamkeit erscheint als Normalität in einer medienvermittelten Welt. Alternativen zu sehen fällt schwer. Sorgfältig zu bleiben, im Denken und im Handeln, auch.

Tun, was man tun kann, um nicht verrückt zu werden, um lebendig zu bleiben, und nicht aufhören, nach Erfolg versprechenden Ausgängen aus der beklemmenden Enge des Faktischen zu suchen, das ist das Mindeste. Und fällt schwer genug. Aber wer hat gesagt, dass es leicht ist?

Silvia Strahm Bernet, katholische Theologin und Redaktorin der FAMA ([www.fama.ch](http://www.fama.ch))

## Wer Freund, wer Feind im Nahen Osten?

Von Armin Köhli, Auslandsredaktor der «Wochezeitung» (WoZ)

Es ist ein ständig Zeukeln und Drohen, ein Flätieren und Kuschen. Interessen und Motive überlappen sich, Allianzen entstehen von Fall zu Fall. Der US-amerikanische «Krieg gegen den Terrorismus» im Nahen Osten ist ein Puzzle aus ihrem Streben nach strategischer Dominanz in der Region, aus der ganz praktischen Jagd nach Terroristen und allen, die die US-Dienste dafür halten, aus ideologischem Missionarismus, christlich-fundamentalistischem Wahn, und aus den eher aussichtslosen Versuchen, als äussere Kraft in der Region eine politische Ordnung nach westlichem Muster zu errichten. Diese Politik gilt Staaten, deren Herrscher erhalten und bewahren wollen, die allesamt ihren Besitz und ihre Macht verteidigen.

In ihrem Krieg bauen die USA gegen (potenzielle) «Schurkenstaaten» Druck auf, vorab gegen jene, die sich gegen die Normalisierung der Beziehungen mit Israel stellen. Die Uneindeutigkeit des Begriffs «Terrorismus» vereinfacht es, gegen jedwede politisch unliebsame Strömung vorzugehen. Auf der Terrorliste stehen keineswegs nur islamistische Bewegungen, sondern auch linke politische Parteien wie die palästinensische PFLP. Befreundeten Regierungen bieten die USA (Militär-)Hilfe. In Ländern mit schwachem Staat, etwa im Jemen und in Pakistan, agieren sie mit gezielten militärischen Operationen.

Dabei kann die US-Regierung selten gradlinig vorgehen, denn sie braucht die Kooperation auch tendenziell feindlicher Regimes. Der offenen Drohung mit Gewalt folgen Beschichtigungen und politische Würdigung, etwa durch US-Aussenminister Colin Powell, der dann durch die Gegend tourt. Kompliziert wird die Politik der USA dadurch, dass die Feinde ihrer Feinde oft auch ihre Feinde sind.

Syrien und Libyen etwa bekämpfen die islamistischen Bewegungen gewaltsam. Und die oppositionellen iranischen Volksmudschaheddin, die ihre Basis im Irak Saddam Husseins hatten, werden nicht nur vom Iran bekämpft, sondern sie stehen auch auf der US-Terrorliste. Gegenüber dem Iran dienen die im Irak verbliebenen Volksmudschaheddin nun als Offerte und Druckmittel.

Auf befreundete Regimes mit ambivalentem Verhältnis zum Islamismus – allen voran das Königshaus in Saudiarabien – können die USA nur verhaltenen Druck ausüben. Saudiarabien ist das Herz des Islamismus, und gleichzeitig richtet sich der ideologische und militärische Kampf der radikalen Islamisten vor allem gegen das saudische Königshaus. Sie wollen Saudiarabien von Ungläubigen befreien. Druck und Versprechungen braucht es auch gegenüber «Feindstaaten», die sich langsam vom Islamismus abwenden, wie etwa der Sudan. Es gibt Hinweise, dass der Sudan recht gut mit den US-Diensten zusammenarbeitet. So wurden etwa fünf von Malawi an die US-Behörden ausgelieferte (und anscheinend unschuldige) Terrorverdächtige später unter ungeklärten Umständen im Sudan freigelassen. Und Libyen ist gerade dabei, sich von der Terrorliste freizukaufen.

Die meisten arabischen Herrscher verhalten sich angesichts der US-Politik ähnlich. Sie ducken sich und halten sich bedeckt; sie warten, dass der Sturm vorbei geht. Volkes Zorn gegen die US-Politik ist erlaubt, vielerorts sogar erwünscht, als Ventil und zur Legitimierung der eigenen Position – aber bitte in kontrollierbarem Masse. Allesamt hoffen sie, dass sich die USA im Irak tief verstricken und verirren und ihre Kräfte auf Jahre absorbiert sind.

**Zwei Jahre sind seit der Ausrufung des «Krieges gegen Terror» vergangen. Zeit für eine erste Bestandesaufnahme in drei Artikeln: Welches sind die Folgen für die Region des Nahen Ostens, für die Uno? Und wohin führen die Lügen der US-Regierung?**

# Bilanz des «Krieges gegen Terror»

## Am Anfang steht die Lüge

Von Martin Parpan, GSoA-Aktivist

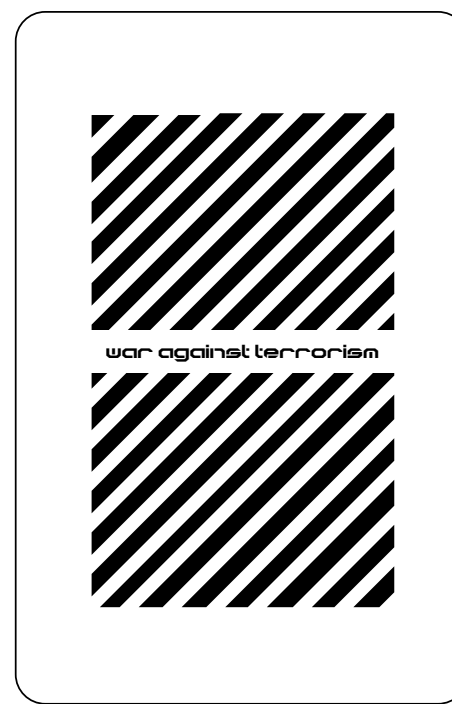
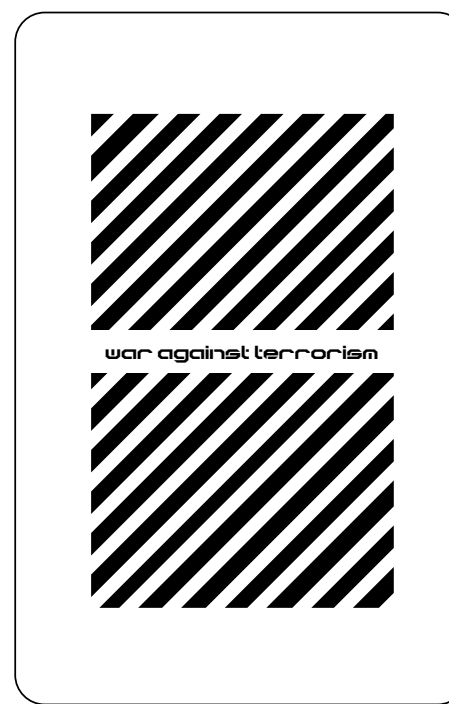
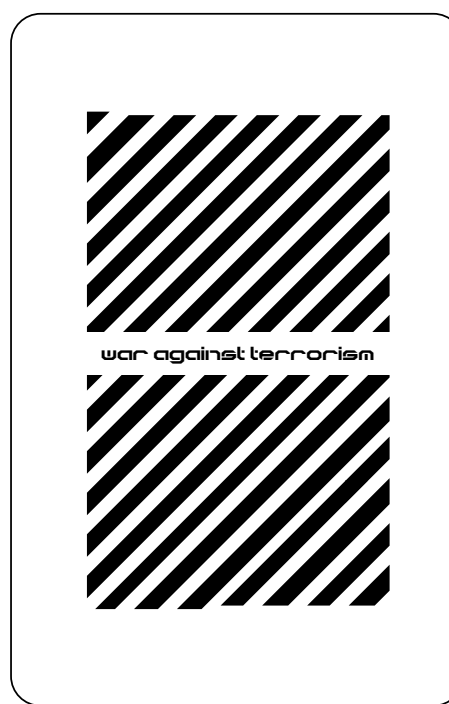
Dass Kriegsparteien in jedem Konflikt darum bemüht sind, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist keine neue Erkenntnis. Am Beispiel der USA zeigt sich in dramatischer Weise, dass in vielen Fällen Lügen als Auslöser für Konflikte benutzt werden. Bereits der Auftakt zum Vietnam-Krieg erfolgte mit einer Lüge: 1964 meldeten zwei US-Zerstörer, sie seien im Golf von Tongking von nordvietnamesischen Torpedobootten angegriffen worden. Später erfuhr man von Besatzungsmitgliedern der beiden US-Kreuzer, dass der Angriff im Golf von Tongking eine pure Erfindung gewesen war. Auch Reagan agierte mit solchen Unwahrheiten, als er im Jahre 1985 die Bedrohung durch Nicaragua und die Sandinisten hochspielte, diese als «Krebsgeschwür» bezeichnete und den nationalen Notstand ausrief. In Erinnerung bleibt auch die Geschichte des Golfkrieges, als behauptet wurde, dass irakische Soldaten in kuwaitischen Frauenkliniken Neugeborene aus den Brutkästen gerissen hätten, um diese gnadenlos umzubringen. Diese Aussage trug damals entscheidend dazu bei, dass der US-Kongress unter Präsident Bush Senior für den Krieg stimmte. Heute gilt es als erwiesen, dass es sich dabei um Erfindungen von Werbestrategen der Firma «Rendon Group» handelte.

Bush Junior geht in der ganzen Manipulationsstrategie nun gar noch einen Schritt weiter. Im Februar des vergangenen Jahres enthüllte die «New York Times», dass das Pentagon auf Anweisung von Rumsfeld ein «Office for Strategic Influence» geschaffen hatte und diesem die Aufgabe zuteilte, im Interesse der Vereinigten Staaten nützliche Desinformationen zu verbreiten. Das «Office for Strategic Influence» wurde nach den Enthüllungen in der Presse zumindest offiziell aufgelöst.

Dies sollte Bush zusammen mit Blair vor dem Krieg gegen den Irak allerdings nicht daran hindern, weiter zu manipulieren und zwei-

felhafte Quellen als Beweise zu präsentieren. Die Kriegscoalition hatte erkannt, dass die Zustimmung der eigenen Bevölkerung zum Irakfeldzug vor allem dann zu gewinnen war, wenn die Angst vor Massenvernichtungswaffen in Kombination mit Terrororganisationen geschürt werden konnte. Dies erklärt auch die Behauptungen angeblicher Versuche des irakischen Regimes, Uran in Afrika zu beschaffen, die Geschichte vom Kauf der Aluminiumröhren zur Uran-Anreicherung oder die Entdeckung mobiler Laboratorien zur Herstellung von Biowaffen. In Kombination mit den als Fakten präsentierten Gerüchten über Kontakte des Al Qaida-Mitgliedes Mohamed Atta, dem Anführer der Flugzeugentführer vom 11. September 2001, mit einem irakischen Geheimdienstoffizier, hatte das Erfolg versprechende Gefahrenkonstrukt von Massenvernichtungswaffen und Terrororganisationen das Gesicht Saddam Husseins erhalten. Alle diese «Beweise» erwiesen sich zwar als falsch. Trotzdem haben sie ihre Wirkung nicht verfehlt: Wenige Wochen nach dem 11. September betrachtete die Mehrheit der US-Bürger Saddam Hussein als eine unmittelbare Bedrohung für die USA. Fast die Hälfte glaubte gar, hinter den Terroranschlägen vom 11. September stehe das irakische Regime.

Mit der «neuen nationalen Sicherheitsdoktrin», die im Herbst 2002 verfasst worden ist, scheint die Regierung Bush nun einen Weg gefunden zu haben, wie man zukünftig den lästigen Lügendebatten aus dem Weg gehen kann. Bis anhin gab sich die USA das Recht, dann anzugreifen, wenn das betreffende Land über tödliche Waffen in grossen Mengen verfügt. Gemäss «Financial Times» soll die Präventivkriegsdoktrin nun insofern «verfeinert» werden, dass die Regierung gegen feindliche Regime vorgehen kann, die lediglich den Vorsatz und die Fähigkeit haben, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln.



## Die Uno im Koma

Von Stefan Luzi, GSoA-Sekretär

Als die USA sich nach den Anschlägen vom 11. September 2001 anschickte, den «Krieg gegen Terror» mit Luftangriffen in Afghanistan zu beginnen, erklärte sich die Uno als für nicht zuständig. Obwohl die Angriffe ohne Mandat der Vereinten Nationen erfolgten, blieb eine Verurteilung aus. Kofi Annan begnügte sich mit der Feststellung, dass «Mitgliedsländer der Uno ihre Entscheidungen im Kontext der Resolutionen des Sicherheitsrates vom 12. und 26. September getroffen hätten». Diese Resolutionen, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Anschläge entstanden waren, öffneten mit unklaren Formulierungen Tür und Tor für Vergeltungsschläge der USA. Dass die Uno sich zu diesem Zeitpunkt weigerte, die Gefahr der Fortführung der Gewaltspirale durch die USA vorherzusehen (oder bereits davor kapituliert hatte), zeigt auch die Tatsache, dass die Ankündigung der US-Regierung, «die Selbstverteidigung der USA mache eventuell weitere Aktionen gegen andere Organisationen und Staaten erforderlich» unkommentiert blieb.

Als sich der Krieg gegen Irak dann tatsächlich abzeichnete, wuchs der Widerstand im Uno-Sicherheitsrat. Angeführt von Deutschland und Frankreich, die ihre «pazifistische» Haltung mit Blick auf die Wählerstimmen justierten, verweigerte die Uno militärischen Aktionen gegen Irak das Mandat. Auch die berühmte gewordene Resolution 1441, die den Druck auf das Regime Hussein stark erhöhte, sah keinen Automatismus zur Kriegsführung vor.

Die Gewalt verurteilende Haltung der Uno fiel, als sich die USA über das

«Nein» der Uno einfach hinweggesetzt hatten, indes zusammen wie ein Kartenhaus: Von einer nachträglichen Verurteilung des völkerrechtswidrigen Krieges war schon gar keine Rede mehr und mit der Zusage der USA, dass zumindest ein Teil der bisherigen Ölverträge Russlands und Frankreichs durch die Interimsregierung im Irak nicht annulliert werden sollten, blieb auch die Opposition gegenüber einer Nachkriegs-Resolution aus, die der Uno (wie bereits in Afghanistan) gerade mal die Rolle des «Feigenblattes» zugestand und die als nachträgliche Legitimierung des Krieges betrachtet werden konnte. Dass die Uno in dieser Rolle von vielen IrakerInnen als Handlangerin der USA und Grossbritanniens betrachtet wird, kann so kaum erstaunen.

Der schreckliche Anschlag auf das Uno-Hauptquartier ist aber nur ein Teil des Schadens, den die USA aus dem «Krieg gegen Terror» davonträgt: Nicht nur der Unilateralismus der USA, der, so der ehemalige Uno-Generalsekretär Boutros-Ghali, «im Dienste einseitiger Interessen den Vereinten Nationen und der Erde eine schwere Hypothek aufbürdet», sondern auch die mögliche Vorbildwirkung des rechtlosen Vorgehens der USA birgen Gefahren: Die NATO, seit dem Sommer dieses Jahres mit dem ersten «out of area»-Einsatz in Afghanistan präsent und die EU mit dem Militäreinsatz im Kongo und ihrer neuen Sicherheitsstrategie (siehe Artikel S. 5) wollen schliesslich beim «globalen Wildwest-Spiel» auch mit von der Partie sein. Die Marginalisierung der Uno geht weiter.

**Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH leistet seit Kriegsbeginn humanitäre Hilfe im Irak. Rolf Stocker, Leiter der humanitären Hilfe SAH, und Stefan Gisler, Delegierter SAH, haben die Projekte Ende August besucht. Ein Augenschein.**

Von Rolf Stocker und Stefan Gisler\*

Der Anschlag auf das UN-Hauptquartier am 19. August überschattete unsere Projektbesuche und die Bestrebungen des SAH, aktiv am Wiederaufbau und in der Friedensförderung im Irak mitzuwirken. Die Uno hat sämtliche internationale Mitarbeiter aus Irak abgezogen. Die Ermordung eines Delegierten zwang das IKRK, ihr internationales Personal um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Internationale Hilfswerke folgten dem Beispiel. Es entstand ein wahrer Exodus von humanitären HelferInnen aus dem Irak. Es ist ein Dilemma: Je stärker sich die Interventionstruppen selbst schützen, desto eher werden zivile humanitäre Organisationen als «weiche Ziele» bewusst attackiert. Zivile Organisationen nun militärisch verstärkt zu schützen, würde diese aber zu sehr als Einheit mit dem Besatzer erscheinen lassen, was die humanitäre Arbeit korrumpieren würde. Die meisten humanitäre Aktivitäten können nur dank dem Engagement irakischer Mitarbeitender weitergeführt werden.

Die schlechte Sicherheitslage für die irakische Bevölkerung und für die humanitären HelferInnen ist das grösste Problem, mit dem sich der Irak und damit die USA als Besatzungsmacht auseinandersetzen muss. Dabei handelt es sich nicht nur um politisch motivierte Anschläge gegen Personen aus dem Westen oder gegen Irakis, die mit den US-Amerikanern zusammenarbeiten. Die «normale» Kriminalität hat sich massiv erhöht und die Gewaltbereitschaft ist stark angestiegen; gerade im Zusammenhang mit Plünderungen.

## Die Folgen des Embargo

Die humanitäre Situation ist äusserst komplex und weist grosse regionale Unterschiede auf. Das totalitäre Regime Saddam Husseins, der Irak-Iran-Krieg sowie das 1991 nach dem Golf-

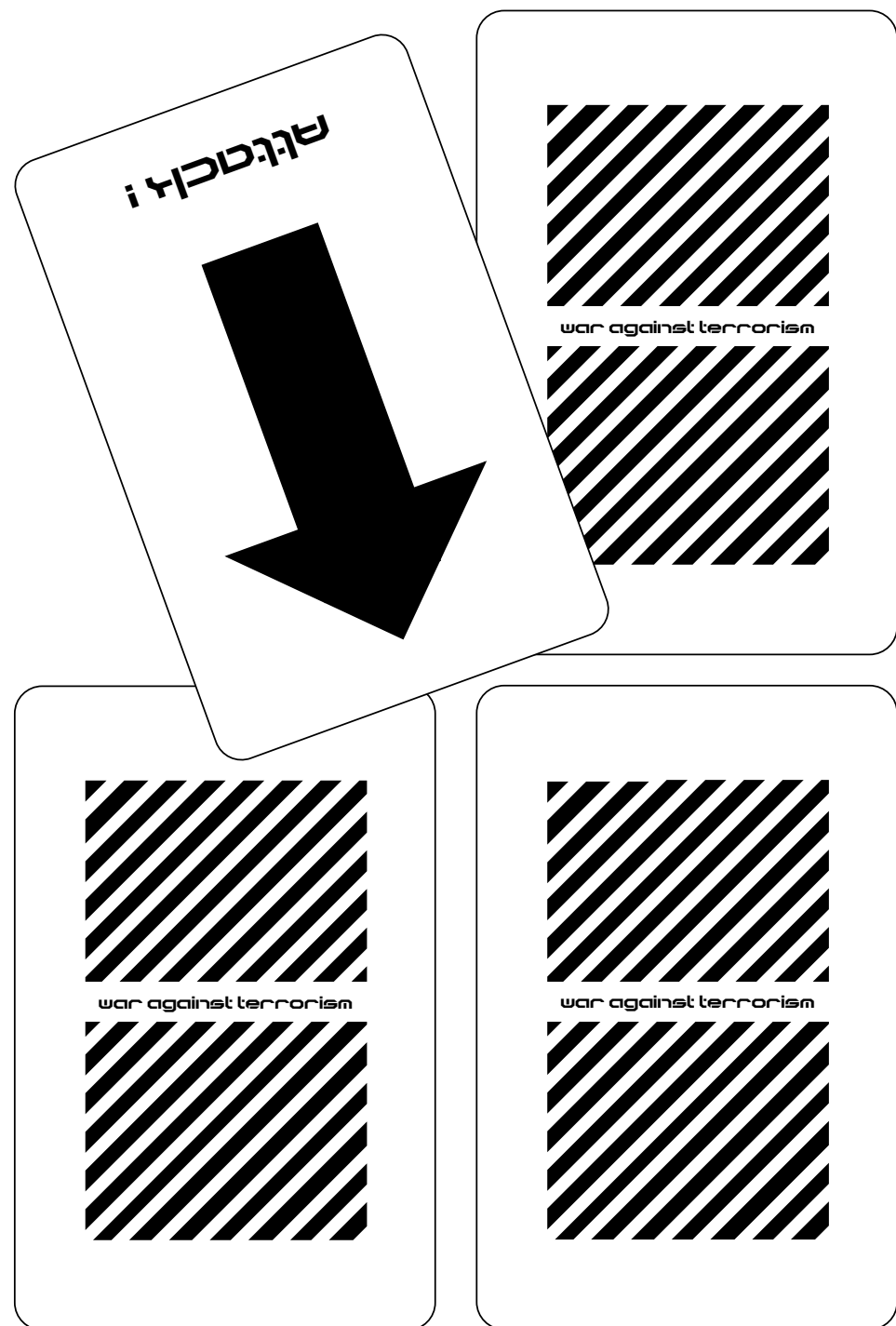
überhaupt tätig ist. Es gibt es keinen Stadtrat, kaum Polizei, die Lehrer geben keinen Unterricht mehr, der Zoll arbeitet erst seit Ende August wieder. Anders als früher kommen aus Bagdad nun weder Befehle noch Nachschub mit Gütern. Die Menschen überleben dank Landwirtschaft und Schmuggel. Sie sind verunsichert und wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen. Zukunftsprognosen wagt keiner. Die vor Ort stationierten US-Amerikaner sind zwar guten Willens, haben aber kein Konzept, kein Geld und als Besatzer keine Glaubwürdigkeit, um die grössten Probleme der Stadt langfristig zu beheben. Die Menschen leiden unter der schlechten Wasser-, Strom- und Gesundheitsversorgung. Immerhin: Ärzte und Pflegepersonal der Spitäler Al Qaims haben nie aufgehört zu arbeiten. Geplündert wurden «nur» der Zoll, die Polizei, Post und Militäranlagen.

## Bessere Situation im Norden

Einigermassen gut funktioniert das irakische Kurdistan. Es wird seit 1991 von den Kurden selbständig verwaltet. Die Lebensumstände in den Städten dieses Territoriums sind so gut wie nie zuvor. Der wirtschaftliche Aufschwung ist unübersehbar; das Uno-Programm «Öl für Lebensmittel» hatte positive Auswirkungen. Ausserdem betreiben die Kurden einen regen Handel mit der Türkei. Über diese Grenze wurden während des UN-Embargos die meisten Güter in den Irak eingeführt. Wichtig war, dass die Kurden in den letzten zwölf Jahren Erfahrungen in den Bereichen Selbstverwaltung, Stärkung der Zivilgesellschaft, Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte sammelten. Diese können nun im Aufbau eines neuen Iraks sinnvoll angewandt werden.

Die Situation im ländlichen Nordirak ist deutlich schlechter. Die negativen Auswirkungen der diversen Militäraktionen der letzten Jahre sind drastisch. Minenfelder sind allgegenwärtig und eine permanente Gefahr. Minen wurden hauptsächlich während dem Irak-Iran-Krieg, aber auch später gelegt. Zehn verschiedene politische oder militärische Gruppen platzierten Minen. Diese Minen verstümmeln oder töten ZivilistInnen: Menschen, die auf dem Feld arbeiten oder Kinder, die spielen.

Die Herausforderung, die an Organisationen und Politiker, welche am Wiederaufbau ei-



## Frauenrechte in Gefahr

Die Lage in Bagdad und anderen irakischen Städten wirkt sich verheerend auf irakische Frauen und Mädchen aus und verhindert zu einem wichtigen Zeitpunkt, dass diese an dem öffentlichen Leben ihres Landes teilnehmen, sagte Human Rights Watch (HRW) am 16. 7. 03 zur Veröffentlichung des Reports: «Climate of Fear: Sexual Violence and Abduction of Women and Girls in Baghdad.»

Der 17-seitige Bericht zeigt, dass das Versagen von US-Besatzungstruppen und irakischen Behörden für öffentliche Sicherheit zu sorgen, zu einer Zunahme von Entführungen, Vergewaltigungen und Morden führt.

HRW interviewte Vergewaltigungs- und Entführungsoffer, irakische Polizeibeamte, Beamte des Gesundheitssystems, sowie Mitglieder der US-Militärpolizei und zivile Beamte und dokumentiert 23 Fälle von Vergewaltigung und Entführung. Der HRW-Bericht verdeutlicht, dass die lokale Polizei Anzeigen von sexueller Gewalt und Entführung nur wenig Aufmerksamkeit schenkt, dass den Beamten Ressourcen fehlen und Opfer von sexueller Gewalt oft gleichgültig oder diskriminierend behandelt werden. Auch die US-Militärpolizei ist laut HRW nicht bereit einzugreifen, wenn die irakische Polizei nicht willens oder nicht in der Lage ist, Untersuchungen von sexueller Gewalt und Entführung einzuleiten. In einigen Fällen sind gar die Akten von Vergewaltigungs- und Entführungsfällen verloren gegangen.

HRW fordert deshalb von den irakischen Behörden und den Besatzungstruppen umgehend rechtliche Reformen, Umschulungen für Polizeibeamte und medizinische Einrichtungen für Vergewaltigungsopfer. Bis die irakischen Behörden selbst dazu in der Lage sind, müsse die US-Regierung eine spezielle Kommission einsetzen,

welche sexuelle Gewalttaten und Menschenhandel von Frauen und Kindern untersuche.

Auch «Equal Rights Now!»\* berichtet regelmässig von gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und dem Wiederaufleben islamischer Rechtstradition, welche Frauenrechte aufs Schlimmste missachtet: Frauen, die heute in Bagdad ohne Socken und Handschuhe unterwegs sind, müssen fürchten, dass ihnen Säure angespritzt wird. Prostituierte werden ermordet. Vergewaltigungen und Tötungen von Frauen sind häufiger als je zuvor. Das überholt geglaubte Gesetz der Familienehre findet wieder vielerorts Anwendung.

Zwei Mädchen wurden von amerikanischen Soldaten vergewaltigt und darauf im Spital von männlichen Verwandten erschossen. Diese Männer glaubten nach islamischem Recht die Schmach sühnen zu können. Eine Schauspielerin wurde von einem Familienmitglied ermordet, weil ihr Beruf «Schande» auf die «Familienehre» werfe.

Gewisse Organisationen rufen auch zwecks Rache gegen Mitglieder der Baath-Partei zu Vergewaltigung von Frauen und Mädchen auf. In einem äusserst tragischen Fall wurden, nach der Ermordung eines Baathisten, dessen neun Töchter vergewaltigt. Daraufhin ermordete der Onkel alle diese jungen Frauen, um die «Familienehre» zu retten.

**Von Nina Schneider und Barbara Müller, für Frauenstimmen gegen den Krieg**

\* «Equal Rights Now!» ist eine Publikation der «Iraqi Women's Right Coalition» (IWRC), einem Netzwerk von Exil-Irakerinnen, Frauenrechtsaktivistinnen im Irak und internationalen Frauenorganisationen. IWRC versucht den Aufbau einer neuen Zivilgesellschaft im Irak zu beeinflussen, fordert die bedingungslose Umsetzung von Gleichberechtigung und eine säkulare Verfassung. IWRC wehrt sich insbesondere gegen die Einführung der Shariah.



**Die Sicherheit im Irak ist ungenügend.** Die humanitäre Hilfe, wie hier durch das SAH für das Spital in Al Qaim bereitet, leidet darunter.

Foto: ZVG

krieg auferlegte UN-Embargo haben in grossen Teilen des Irak zu einer desolaten wirtschaftlichen und humanitären Lage geführt. Die Menschen verarmten, die Infrastrukturen waren am Boden. Im gesamten Irak funktioniert zur Zeit nur 20 Prozent der Wasserversorgung, bzw. der Abwassersysteme. Im zentralen und südlichen Teil Iraks ist seit der Besatzung die Stromversorgung an vielen Orten unterbrochen. Plünderer reissen immer wieder Hochspannungsleitungen nieder, um das darin enthaltene Kupfer zu verkaufen. Die Wasser- und Stromproblematik war absehbar, da viele Anlagen im Iran-Irak Krieg und im Golfkrieg zerstört wurden. Das Embargo führte dazu, dass der Irak das marode System nicht zu reparieren vermochte.

Die jetzige Invasion hat weniger direkte Opfer als befürchtet gefordert. Doch die indirekten Folgen sind gravierend. Sie hat im Zentral- und Südirak die zivile Verwaltung zusammenbrechen lassen. So auch im 200 000 Einwohner zählenden Al Qaim an der syrisch-irakischen Grenze, wo das SAH als einziges Hilfswerk

nes demokratischen Iraks mitarbeiten wollen, gestellt wird, scheint unlösbar. Hinderlich sind:

- der Verteilungsstreit um die immensen Ölvorkommen
- die grosse Menge an vorhandenen Waffen
- unterschiedliche ethnische, religiöse und soziale Gruppen mit ihren Machtansprüchen
- der Mangel an Erfahrung der Irakis im Umgang mit demokratischen Instrumenten
- die Naivität gewisser Mitglieder der provisorischen US-amerikanischen Zivilverwaltung
- die weltpolitische und regionale strategische Bedeutung des Iraks.

Ein friedliches und demokratisches Irak wird nur unter grössten Anstrengungen zu erreichen sein.

Rolf Stocker bereiste vom 19.–28. 8. das irakische Kurdistan. Er hat das SAH-Nothilfeprojekt in Sulaymaniyah zu Gunsten von Flüchtlingen besichtigt und klärte ab, ob das SAH ein Projekt zur Friedensförderung in der Provinz Kirkuk beginnt. Das SAH hat zudem am 26. 8. mehrere Tonnen Medikamente und Geräte in den Spitälern von Al Qaim verteilt. Stefan Gisler begleitete die Lieferung in die Provinzstadt an der syrisch-irakischen Grenze. Trotz Sicherheitsproblemen ist das SAH weiterhin mit humanitären und friedensfördernden Aktivitäten im Irak tätig (Mehr Infos: [www.sah.ch](http://www.sah.ch)).

# Auf dem Weg zur Militärmacht Europa

**Zahlreiche Staaten des «alten» Europa haben den Krieg der USA gegen den Irak kritisiert. Doch hinter den Kulissen arbeiten die gleichen Staaten daran, auch Europa zu einem «potenten» militärischen Akteur im globalen «Krieg gegen Terror» zu machen. Begraben wird dabei der zivile Charakter der EU.**

Von Bruno Wüest \*

Am 18. Juni dieses Jahres legte der EU-Beauftragte für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, ein Strategie-Papier vor, das zwar in den Friedensbewegungen aufhorchen liess, in der breiten Medienöffentlichkeit aber im Lob und in der Kritik am EU-Verfassungsentwurf weit gehend unterging. Das Dokument ist ein Entwurf einer europäischen Sicherheitsdoktrin, die stark an die «Nationale Sicherheitsstrategie» von US-Präsident Bush anlehnt. Solana legte das Thesenpapier zwei Tage später am EU-Gipfel in Porto Carras vor und nicht nur die Deutschen und Franzosen, auch Tony Blair soll das Dokument mit dem Titel «Ein sicheres Europa in einer besseren Welt» enthusiastisch begrüsst haben. Beobachter gehen davon aus, dass es von den EU-Regierungschefs zum Ende der italienischen Ratspräsidentschaft im Dezember – in wohl nochmals verschärfter Form – verabschiedet wird. Die Militärstrategie ist nach der Währungsunion und neben der Erweiterung die bedeutendste Entwicklung der EU, denn damit wird ihr ziviler Charakter begraben.

## Politisches Eiltempo

Kaum ein anderes Projekt der Europäischen Union wird gegenwärtig mit vergleichbarer Intensität vorangetrieben wie die Schaffung einer Streitmacht. Am 29. April 2003 trafen sich in Brüssel die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg am so genannten «Pralinengipfel», um die Idee eines militärischen Kerneuropas zu konkretisieren. Dieser Gipfel war, das machten der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt und der französische Staatspräsident Jacques Chirac deutlich, eine Konsequenz der Gegner des Irakkriegs – mit dem Ziel, Grundlagen zu schaffen, um auch ohne die USA agieren zu können. Was in Washington beträchtlich Wind aufwirbelte, war, dass ein Kommandostab für «EU-geführte Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO» aufgebaut werden soll. Bis zum Ende des Jahres soll die schnelle Eingreiftruppe mit 60 000 bis 100 000 Soldaten einsatzbereit sein. Seit Ende März hat die EU zudem von der NATO das Kommando über die Mazedonien-Truppe übernommen (Operation «Concordia») und nächstes Jahr soll die SFOR-Einheit in Bosnien-Herzegowina abgelöst werden. Der Mazedonien-Einsatz erfolgt ohne Uno-Mandat, es liegt lediglich eine «Begrüssung» des Sicherheitsrates in den Resolutionen 1345 und 1375 vor. Dies könnte einen Präzedenzfall für die Legitimierung von weiteren Einsätzen ohne Uno-Mandat bedeuten. Ende Juni sind französische Soldaten im Rahmen des ersten EU-Kampfeinsatzes in die Demokratische Republik Kongo geflogen. Vieles weist darauf hin, dass die vorgeschobenen humanitären Gründe nicht die eigentliche Motivation darstellen: Es ist der erste Militäreinsatz ausserhalb der NATO und damit eine Generalprobe für die Etablierung der EU als eigenständige Militärmacht.

## Europa rüstet auf

Wenn der oberste Beauftragte für die GASP mit den Säbeln rasselt, klingt das so: «Wir müssen eine Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt» und «Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmassstab ausüben.» Dass der einstige «Papiertiger» EU schwer bewaffnete Militäreinsätze ins Auge fasst, lässt sich am Waffenarsenal der Eingreiftruppe ersehen:

\* Bruno Wüest studiert Politikwissenschaften in Zürich.

Den Verbänden aus 14 EU-Staaten werden 383 Kampfflugzeuge, 4 Flugzeugträger, 17 Fregatten und 5 U-Boote zur Verfügung gestellt. Den Defiziten in der Satellitenaufklärung und der Transportkapazität wird mit ehrgeizigen Aufstellungsvorhaben begegnet. Frankreich und Deutschland kooperieren dafür bei ihren Satellitensystemen Helios II und Sar Lupe, und im Juli 2000 wurde von verschiedenen EU-Staaten der Kauf von 225 Airbus A 400, schweren Transportflugzeugen, besiegelt. Die Kosten werden gigantisch ausfallen. Immer wieder tauchen deshalb Vorschläge für die Erhöhung der nationalen Rüstungsetats auf. So präsentierte der italienische Aussenminister letzten Mai die Idee, die Rüstungskosten aus dem Stabilitätspakt herauszunehmen.

Das sind die Einfallstore, mit dem ein Interventionismus und die Erstschiessstrategie hoffähig gemacht werden. Solana resümiert entsprechend, dass deshalb «die Verteidigungslinie (...) oft ausserhalb der Landesgrenze liege.» Ebenfalls erstaunlich nahe bei der US-amerikanischen Position ist die Erstellung einer eigenen «Achse des Bösen»: Namentlich erwähnt Solana die Staaten südlich der Sahara, den Balkan und den Südkaukasus. In bester Bush-Manier fuchtelt er mit dem Colt, dass solche gescheiterte Staaten «einen Preis dafür zu zahlen haben», wenn sie sich nicht in die internationale Gemeinschaft eingliedern. Als Konsequenz ergeben sich drei Ziele: Als erstes wird eine Sicherheitszone an den Grenzen Europas entstehen, in welcher militärisch oder mit der

sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.» Wenn man den restlichen Inhalt des Papiers berücksichtigt, liegt es auf der Hand, dass sich die Definition des «Guten» je nach Interessenlage verschieben wird. Sich zudem jetzt dem Konfrontationskurs der USA anzuschliessen, gipfelt – wie die Beispiele Afghanistan und Irak belegen – im Krieg. Wie sich die EU-Strategen die Beziehung zur Uno vorstellen, lässt sich zwischen den Zeilen erkennen: «Die Charta der Vereinten Nationen bildet den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen.» Die Uno-Charta ist demnach lediglich Rahmen für die Aktivitäten der EU und kann variabel der aktuellen Lage angepasst werden.

## Legitimation ist nicht gewährleistet

Der Entwurf für eine europäische Verfassung, deren Bestandteil diese Sicherheits- und Verteidigungsstrategie ist, wird bis zur EU-Regierungskonferenz Ende 2003 fertig ausgearbeitet. Vor den Europawahlen im Juni 2004 soll der Vertrag unterzeichnet sein, um dann im Herbst 2004 ratifiziert zu werden, was in vielen Ländern ein Referendum erfordert. Aber die Politik der nationalen Regierungen ist ein weiteres Mal durch Unionsentscheide weit gehend vorbestimmt, denn eine Volksabstimmung ist nicht geplant. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird vom EU-Rat diktiert, obschon er für diese Aufgaben nicht gewählt ist. Das ist umso heikler, weil mit der Verfassung die Grundgesetze der Mitgliedstaaten in wesentlichen Fragen ersetzt werden. Die EU-BürgerInnen, die dann auf die Aussagen zu Frieden und/oder Neutralität in ihrer Landesverfassung pochen, werden den Kürzeren ziehen, denn EU-Recht hat als Völkerrecht Vorrang. Vor der Weltpolitik müssten sich die EU-«Baumeister» also zuerst mit dem Demokratiedefizit ihres Tuns befassen.

## Ein sicheres Europa in einer besseren Welt?

Das entscheidende Problem liegt darin, dass die EU meint, es den USA punkto militärischer Konfliktbearbeitung gleichzutun zu müssen. Was droht, ist nicht sofortiges Losschlagen der EU, sondern die Enttabuisierung und – wie erwähnt – Institutionalisierung militärischer Handlungsoptionen: Vor allem für Deutschland waren Offensivaktionen – tagespolitisch und verfassungsmässig – aufgrund der beiden Weltkriege bisher undenkbar. Was Europa aber fehlt, sind nicht Eingreiftruppen, sondern eine zivile Alternative zu einer zunehmend militarisierten internationalen Politik, beispielsweise eine verstärkte Zusammenarbeit mit ärmeren Regionen. Ausserdem wäre es wünschenswert, wenn die Staaten, die sich während des Irakkrieges so vehement für das Völkerrecht eingesetzt haben, auf eine institutionelle Reform der Uno pochen würden. Und wenn Javier Solana schon richtigerweise auf die Erdöl- und Erdgasabhängigkeit Europas als Sicherheitsrisiko verweist, sollte er auch mit Nachdruck darauf hinweisen, dass Investitionen in erneuerbare Energien – und nicht die Besetzung von Ölquellen – das Problem entschärfen. Faktum bleibt, dass der EU-Rat Ende dieses Jahres eine eigene Offensiv-Truppe unter seiner Befehlsgewalt hat, dass rüstungspolitisch grosse «Fortschritte» erzielt wurden, und die EU im Begriff ist, sich dem militärisch gesicherten Raubtier-Kapitalismus der USA anzuschliessen.

## Internetseiten zum Thema:

Das Solana-Papier in Deutsch auf: [www.uni-kassel.de/fb/frieden/themen/solana-papier.html](http://www.uni-kassel.de/fb/frieden/themen/solana-papier.html), in Englisch auf: <http://eu.int>

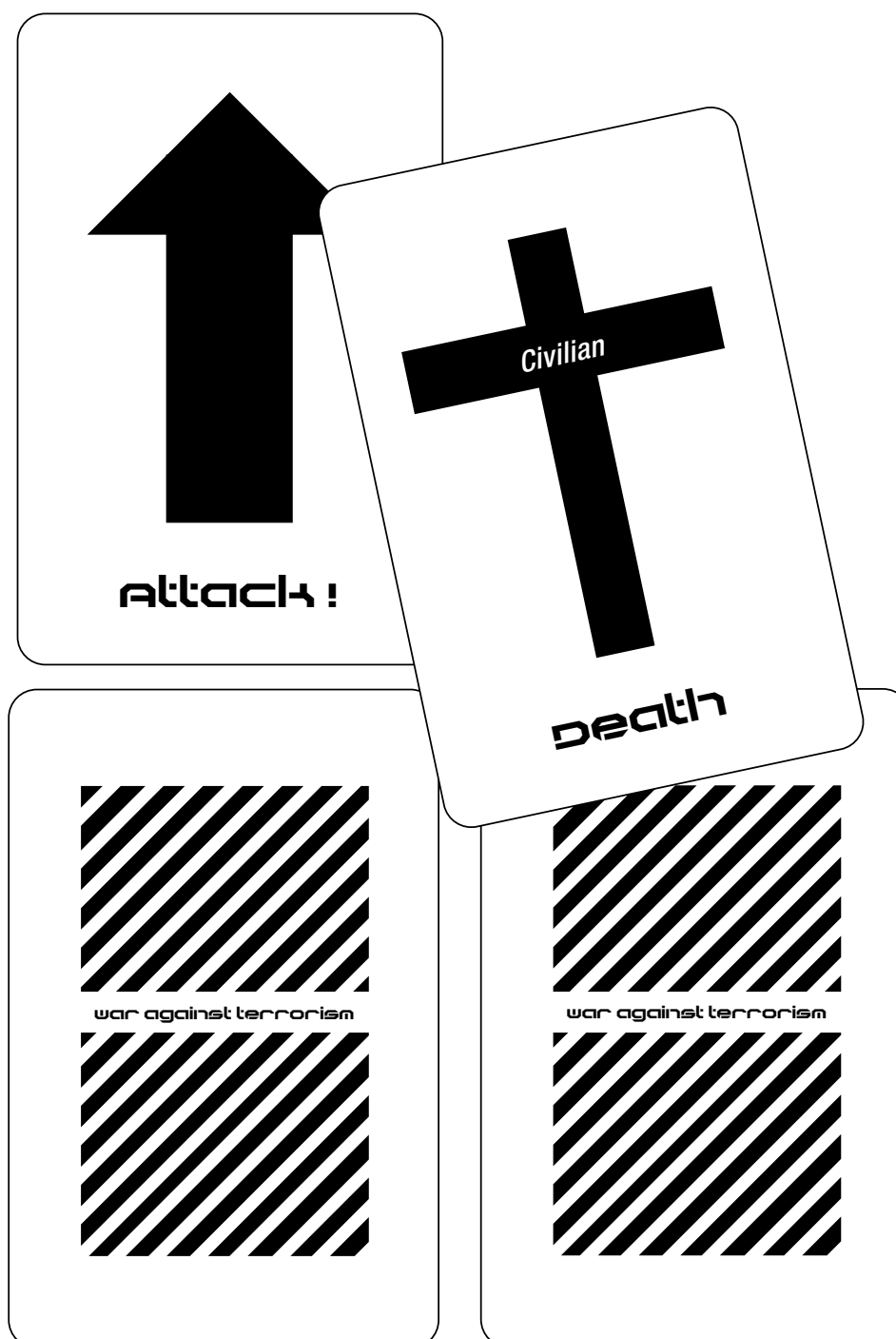
Friedenspolitischer Ratschlag: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/>

Berlin Information Center for Transatlantic Security: <http://www.bits.de/>

Informationsstelle Militarisation (Deutschland): <http://www.imi-online.de/>

Das NATO-Handbuch: <http://www.nato.int/docu/handbook/2001/index.htm>

Homepage der GASP der Europäischen Union: <http://ue.eu.int/Pesc/>



## Aggressiv-Strategie

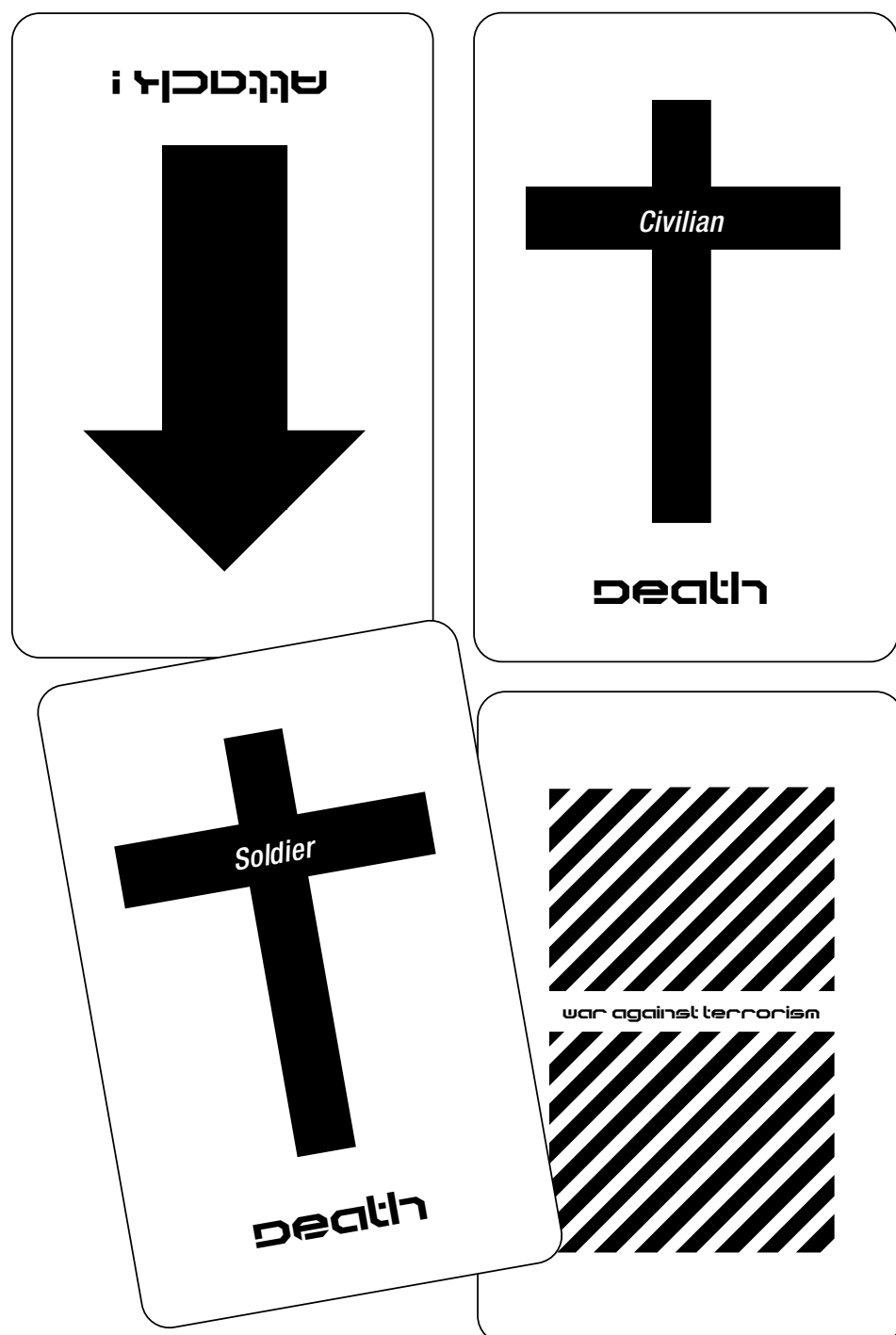
Analog zur «Bush-Doktrin» bestimmt Solana die drei Hauptbedrohungen für die westliche Welt:

1. Der internationale Terrorismus: «Für diese Terroristen ist Europa sowohl Ziel wie auch Stützpunkt.»
2. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen: «Am erschreckendsten ist der Gedanke, dass terroristische Gruppierungen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen.»
3. Gescheiterte Staaten: «Die kriminellen Aktivitäten in solchen gescheiterten Staaten beeinträchtigen die Sicherheit Europas.»

Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft Stabilität erreicht werden soll. Zweites Ziel ist die Stärkung der internationalen Ordnung, das heisst die Zementierung der westlichen Dominanz. Und drittens müsse den Bedrohungen «aktiv» begegnet werden, was wohl nichts anderes meint als «präventive» Intervention.

Die EU hat – nach den Turbulenzen vor und während des Irakkrieges – überraschend schnell zu den virulenten US-Konflikten (Nordkorea und Iran) den Schulterschluss mit der Supermacht vollzogen. Das färbt sich auch auf das Solana-Papier ab: «Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft

# Widerstand und feministische



## Konkreter Handlungsbedarf

In den Kriegen dieser Welt gehören die Frauen zu den Hauptbetroffenen – das hat, einmal mehr, auch der Krieg gegen den Irak gezeigt. Mit der Frage, wie Frauen von «Betroffenen» zu «Handelnden» werden, beschäftigte sich die Konferenz «woman-oeuvres», die Ende Mai in Zürich stattfand. Die Artikel auf dieser Doppelseite basieren auf intensiven Auseinandersetzungen und Diskussionen der Gruppe *Frauenstimmen gegen den Krieg*\* im Anschluss an diese Konferenz. Die über 300 Teilnehmerinnen und ein paar Teilnehmer haben während drei Tagen in Referaten, Plenumsdiskussionen und Workshops Strategien und Analysen feministischer Friedenspolitik ausgetauscht und diskutiert. Was aber ist feministische Friedenspolitik, worin unterscheiden sich ihre Ansätze von den «her(r)kömmlichen» und in welche Richtung zielen ihre Strategien? Unfrieden für Frauen bedeutet, in militarisierten, nationalistischen und patriarchalen Gesellschaften zu leben und vom Zugang zu Macht und Ressourcen ausgeschlossen zu sein. Die Referentin Uta Klein kommt zum Schluss: «Je militarisiert eine Gesellschaft ist, desto sexistischer ist sie». Entsprechend muss feministische Friedenspolitik ihre Aufmerksamkeit vor allem den Verknüpfungen und Überschneidungen von «Krieg» und «Geschlecht» widmen sich Fragen stellen wie: Wo werden Frauen auf Grund ihres Geschlecht ausgeschlossen? Wie werden Frauen zur «Manövriermasse» gemacht, wenn es um die Legitimierung von Krieg geht? Gendermainstreaming allein genügt nicht, wie zum Beispiel die Uno-Resolution 1325 beweist, die den Einbezug von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen fest schreibt, deren Missachtung aber keine Sanktionen zur Folge hat. Instrumente und gesetzlich verankerte Rechte zu erkämpfen

ist das eine, sie zu kennen oder im richtigen Moment nutzen zu können bzw. zu erreichen, dass sie umgesetzt werden, das andere. Die Diskussionen im Rahmen von «womanoeuvres» haben ergeben: Unabhängig davon, wo ein Krieg stattfindet, wer ihn weshalb führt und auf welcher Seite sie «stehen», sind die Bedingungen und Konsequenzen für Frauen oft vergleichbar und gehorchen ähnlichen Mustern. Frauen werden in traditionelle Rollen zurückgedrängt. Gleichzeitig müssen sie in Kriegssituationen oft das Überleben der Familie garantieren und die nicht-traditionelle Rolle der Alleinernährerin übernehmen. Oft nimmt häusliche Gewalt zu. Krieg zerstört zivile Strukturen wie die Gesundheitsversorgung und treibt Frauen zur Flucht. Solche Situationen erleben Frauen im ehemaligen Jugoslawien ähnlich wie Frauen in Angola, Irak, Palästina oder Israel. Gewalt gegen Frauen geht nicht nur vom zum Feind erklärten «Anderen» aus. Auch die eigene militarisierte Gesellschaft, die neuen Gesetze der Nach-Kriegs-Ordnung und die sogenannten «Friedensarmeen» stellen eine Bedrohung der körperlichen und psychischen Sicherheit von Frauen dar. Feministische Friedenspolitik hat sich längst vom Modell der «Patentlösung» verabschiedet, die immer wieder gezückt und übergestülpt werden kann – und doch nie greift. Sie setzt auf Perspektivenvielfalt, kritisches Nachhacken, hartnäckiges Hinschauen. Immer wieder die Frage nach Interessen und Macht zu stellen, sind Charakteristiken feministischer Friedenspolitik. Handlungsfähig zu bleiben und sich nicht von tagespolitischen Männergeschäften vereinnahmen zu lassen, ist ihre Herausforderung – gleichzeitig das Nachdenken über Visionen von einem gerechten Frieden nicht zu vergessen, ihre Stärke.

Barbara Müller

## Irak: Frauen im Off

**Erhöhte Gewaltbereitschaft und das Aufleben extremistischer islamistischer Rechtsvorstellungen verdrängen Frauen und Mädchen im heutigen Irak aus der Öffentlichkeit und zwingen sie zu «Hausarrest». Verzweifelt und wütend denken viele: «Wenn die Situation so bleibt, packen wir unsere Sachen und hauen ab!»**

Von Nina Schneider\*

Bis Anfang der neunziger Jahre war das Leben für irakische Frauen besser: Anders als in vielen Nachbarstaaten hatten Frauen im Irak viele Rechte, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, freie Berufswahl und auch eine hohe Alphabetisierungsrate. Schon in den zwanziger Jahren begannen die Frauen, in öffentlichen Positionen zu arbeiten, und seit den siebziger Jahren sind Frauen und Männer in der irakischen Verfassung gleich gestellt. Frauen arbeiteten als Wissenschaftlerinnen, Ärztinnen und Ingenieurinnen. Sie erhielten fünf Jahre Schwangerschaftsurlaub, hatten seit 1980 das aktive und passive Wahlrecht und stellten in der Folge rund 20 Prozent der ParlamentarierInnen. Erst nach 1991, im Zuge des Embargos und der Sanktionen wurden Frauenrechte entlang der Verschlechterung der Lebensbedingungen eingeschränkt. Frauen wurden entlassen und Mädchen von den Schulen genommen. Die Versorgungsknappheit zwang sie, alle Energie ins Überleben, die Suche nach Wasser, Essen und ein wenig Geld zu stecken. Auch die Prostitution nahm als Einnahmequelle zu.

Ab Mitte der neunziger Jahre setzte Hussein eine frauenfeindliche Gesetzgebung durch, um fundamentalistische Gruppierungen hinter sich zu scharen. Polygamie wurde legalisiert, Schulen nach Geschlecht getrennt und Frauen die selbständige Ausreise ins Ausland verboten. Längst überholt geglaubte traditionelle islamische Rechtsvorstellungen erhielten Zulauf und ein Religionsgesetz wurde erlassen, das unter anderem Männern erlaubt, Frauen, die sexueller Freizügigkeit beschuldigt werden, zur «Ehrerhaltung» der Familie zu töten.

Aus solchen Gründen setzten viele Frauen grosse Hoffnung in die Absetzung Saddam Husseins. Nun werden ihre Hoffnungen zerschlagen: Obwohl Frauen ca. 65 Prozent der irakischen Bevölkerung ausmachen, sind sie im Wiederaufbau und der zivilen Übergangsregierung kaum anzutreffen. Es wurde zwar viel darüber verhandelt, alle verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Religionen, die Schiiten, Sunniten, Türken, Kurden und Christen, in den Demokratisierungsprozess einzubeziehen, von Frauen war aber wenig die Rede. Auch im kürzlich gebildeten Verfassungsrat erhalten sie keinen Einsitz.

### Bremer organisiert die Frauenkonferenz

Seit Beginn des Krieges treffen sich weltweit Exil-Irakerinnen mit Frauenorganisationen, um die Chancen eines Regimewechsels für Frauen zu diskutieren. Es ist ihnen wichtig, Erfahrungen von Frauen im Kosovo und in Afghanistan zu analysieren, um einer Schwächung der irakischen Frauen durch die Beeinflussung internationaler Organisationen vorzubeugen. Mit Hilfe der Uno-Resolution 1325 wollen sie auf Regierungsbildung und Verfassungsgebung Einfluss nehmen und sich auf allen Entscheidungsebenen einbringen.

Im Juli wollten sie in Bagdad einen dreitägigen Frauenkongress («tent meeting») realisieren, um die Teilnahme von Frauen am Wiederaufbau des Iraks zu diskutieren. Alles war organisiert, die Agenda geplant und die Workshops bereits überbelegt, als der amerikanische Zivilverwalter Paul Bremer plötzlich eine Verschiebung bis auf weiteres verlangte. Da stellt sich die Frage, wieso Bremer überhaupt um Erlaubnis gebeten werden muss, wenn alle anderen politischen Gruppen sich ohne die Zusage der Besatzungsmacht treffen können. Die Begründung, dass die US-Regierung ein Treffen mit Frauen vor Ort einem von Exil-Irakerinnen vorziehe, ist absurd, da die gleiche Regierung gleichzeitig diverse Parteien aus dem Exil zurückruft.

Zu guter Letzt wurde die international gelobte Frauenkonferenz von der Bremer-Administration selbst organisiert. Geladen wurden die regionale Vertreterin von UNIFEM und viele irakische und internationale Uno- und NGO-VertreterInnen. Die Veranstaltung unter dem Motto «Die Stimme von Frauen im Irak» fand

hinter verschlossenen Türen statt. Keine einzige Frau aus der Basis- und Exil-Bewegung wurde eingeladen! Keine unabhängigen BeobachterInnen wurden zugelassen, auch nicht das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte.

### Unter der Besatzung kein Platz für Frauen

Viele Frauen sind frustriert über die Weise, wie sie von der Diskussion über die Zukunft des Iraks ausgeschlossen werden, so auch die irakische Frauenrechtsaktivistin Yanar Mohammed. Sie kritisiert nicht nur, dass sie zusammen mit anderen Basisfrauen explizit von der Konferenz ausgeladen wurde, sondern auch die Haltung von Bremers Zivilverwaltung gegenüber Frauenforderungen generell. Die Situation von Frauen und ihre Verdrängung aus der Öffentlichkeit würden nicht ernst genommen. Auch die Berufung von drei irakischen Frauen in den «Regierenden Rat» sei ein reiner Alibiakt. Diese Frauen seien nicht gewählt, sondern von Bremer selbst ernannt worden. «Die Frauen sind völlig unbekannt und keineR weiss etwas über ihre Agenda. Meiner Meinung nach dienen sie einzig zur Dekoration des «Regierenden Rates», der ja selbst keine Entscheidungsmacht hat», führt Yanar weiter aus.

«Im Gegensatz zu dem, was uns westliche Medien glauben machen wollen, hat uns der Sturz Saddam Husseins weder neue Freiheiten, noch Freude und Solidarität gebracht», meint auch Azar Majedi von der «Iraqi Women's Right Coalition»: «Der Grund dafür ist einfach. Der Sturz des Unterdrückungsregimes ist kein Resultat einer Revolution von organisierten Menschen, sondern die militärische Aggression einer Supermacht. Diese verhindert nicht nur jegliche aktive Beteiligung der Bevölkerung, sondern drängt sie in Hilflosigkeit, Verzweiflung und fördert ein Klima von Hoffnungslosigkeit und Angst. Das Machtvakuum dient einzig dem kurdischen und arabischen Nationalismus und dem politischen Islam.»

### Konkreter Druck notwendig

Die Zivilbevölkerung sei zersplittert, bestätigt auch Nadia Mahmood von der «Organization of Women's Freedom in Iraq» (OWFI). Opportunistische reaktionäre Bewegungen wüssten die berechtigte Ablehnung gegen die anglo-amerikanische Besetzung aufzufangen und zu eigenen Zwecken zu manipulieren. Der politische Islam werde zum Symbol des Widerstands. Das sei alarmierend. Denn das Machtvakuum würde nun von Politikern gefüllt, die versuchen, rückwärtsgewandte islamische Moral als Staatsgrundlage zu verankern.

OWFI versucht, Frauen zu mobilisieren und kämpft für Frauenrechte und den Einbezug in alle ökonomischen, politischen und sozialen Entscheidungsgremien. Sie stellt sich ausdrücklich gegen die Anwendung der Sharia und fordert eine humanistische Gesetzgebung und bedingungslose Gleichberechtigung, die auf dem Selbstbestimmungsrecht für Frauen basiert; eine säkulare Verfassung, mit Trennung von Religion und Staat; und die ausdrückliche Verurteilung und Verfolgung von Gewalt gegen Frauen und «Ehre-Morden».

Ohne Unterstützung breiter internationaler Bewegungen und Druck auf die Zivilverwaltung Bremers, werden die Frauen weder den geforderten Zugang zu allen Entscheidungsgremien noch Einsitz im neu geschaffenen Verfassungsrat erhalten. Die Erfahrungen aus Bosnien, Kosovo, Afghanistan, et cetera haben anscheinend internationale Organisationen zuwenig auf die spezielle Situation von Frauen in Kriegssituationen sensibilisiert. Die Durchsetzung der Resolution 1325 in der Uno war zwar ein Etappensieg. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen: Die Umsetzung von Frauenrechten ist nur durch konkreten Druck zu erreichen.

\* Frauenstimmen gegen den Krieg wird unterstützt von der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, FemCo, Frauen für den Frieden Zürich, FrauenLesbenKasama und Einzelfrauen. Seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan organisiert die Gruppe offene Diskussionen und Veranstaltungen für Frauen.

## Vernetzt denken – vernetzt handeln

«Was wir uns nicht vorstellen können, können wir auch nicht erreichen», stellte Margo Okazawa an der FrauenFriedensKonferenz «womanoeuvres» im Mai dieses Jahres fest. Sie legte dar, dass Visionen einer entmilitarisierten Sicherheit für Frauen, Kinder und Männer der Motor ihres feministischen Widerstandes gegen Militarisierung sind. Schlaglichter auf ihre Arbeit.

Von Laura Zimmermann\*

Margo Okazawa ist Professorin für Women's Studies am Mills College in Oakland, Kalifornien und nennt sich selbst ein Produkt der US-amerikanischen Besatzung Japans im Zweiten Weltkrieg – ihre Mutter ist Japanerin und ihr Vater Afro-Amerikaner. Sensibilisiert durch ihre Herkunft, engagierte sie sich in den USA bereits in den sechziger Jahren in der Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung zu Vietnam. Mit anti-militaristischer Politik beschäftigt sich Margo seit einem Forschungsaufenthalt in Südkorea 1994. Dort wurde sie mit ihren Wurzeln in zwei imperialistischen Nationen konfrontiert und erlebte, wie Koreanerinnen vom US-amerikanischen Militär sexuell ausgebeutet werden. Diese Erfahrungen veranlassten sie, 1997 das «East Asia-U.S.-Puerto Rico Women's Network Against Militarism» mitzubegründen. Das Netzwerk setzt sich mit den negativen Auswirkungen der US-Militärbasen und der Truppenpräsenz im ostasiatischen Raum auseinander und konzentriert seine Arbeit auf Gewalt gegen Frauen, auf «Amerasians», die von GIs im Stich gelassenen Kinder, auf die Militärabkommen zwischen den USA und den «Gastgeberländern» und auf die Umweltverschmutzung durch die US-Basen.

Im Netzwerk organisiert sind Aktivistinnen, Politikerinnen, Akademikerinnen und Studentinnen aus Okinawa, Japan, Südkorea, den Philippinen und Puerto Rico. Die Frauen arbeiten ehrenamtlich und kommunizieren per Internet. Beschlüsse werden kollektiv vom Koordinationskomitee getroffen, das sich aus je zwei Repräsentantinnen der Mitgliederländer zusammensetzt. Alle zwei Jahre treffen sie sich in einem ostasiatischen Land, um ihre Informationsarbeit und Kampagnen zu organisieren. Die nächste Konferenz findet 2004 auf den Philippinen statt.

### Militarisierung in Ostasien

Zur Zeit haben die USA rund 100 000 US-SoldatInnen im ostasiatischen Raum stationiert. Als vordergründige Legitimation der Truppenpräsenz für die rund 100 Basen bemühen sie die angebliche Bedrohung durch China und Nordkorea. In Realität dient der ostasiatische

negativen Folgen der Militärpräsenz für Frauen wie Vergewaltigung, Prostitution und Frauenhandel sowie die Umweltschäden, für welche die USA zu keinen Reparationszahlungen verpflichtet sind.

### Prostitution ist Gewalt gegen Frauen

Margo definiert Prostitution um die US-Militärbasen als Gewalt gegen Frauen, da Frauen aus ökonomischen Gründen zur Prostitution gezwungen sind. In den so genannten GI-Towns Südkoreas findet ein von der lokalen Bevölkerung abgespaltenes Leben statt. Die Währung ist der US-Dollar. Den GIs stehen die Filialen der US-Multis wie McDonalds und Kentucky Fried Chicken zur Verfügung. Lokale Geschäfte verkaufen diverse Souvenirs. In Bars und Nightclubs bieten Frauen, die oft durch Menschenhandel in die Prostitution gezwungen werden, ihre Dienste an. Die Bars sind nach dem Apartheidsprinzip getrennt: Für schwarze GIs gibt es die Soul-Bars, für die weissen die Rock- und Country-Bars. Die Frauen, die schwarze Männer bedienen, sind ganz unten in der Hierarchie – Frauen, die weisse GIs bedienen, stehen weiter oben.

Als Folge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Russland und den Philippinen registrierte das Netzwerk in den letzten Jahren eine markante Zunahme von Russinnen und Philippininnen unter den Prostituierten in Südkorea. Wie Militarisierung und Krieg mit der globalen wirtschaftlichen Umstrukturierung zusammenhängt, erläuterte Margo mit folgendem Exkurs in die Geschichte: Während des Vietnamkrieges benutzten die USA Thailand als «Rest- & Recreation Area» (Erholungsgebiet) für ihre Soldaten und schufen dort eine florierende Sexindustrie. An der sexuellen Ausbeutung der Frauen verdiente der thailändische Staat tüchtig mit. Als sich der Sieg des Vietcong abzeichnete, befürchteten die Regierungen Thailands und der USA massive finanzielle Einbussen für Thailand. Um das zu verhindern, entschied die Weltbank – in der McNamara (US-Verteidigungsminister im Vietnamkrieg) nach dem Krieg Einsitz nahm – in Thailands Tourismus zu investieren:

Somit war der Sextourismus als Thailands einträglichste Devisenquelle etabliert.

Militarisierung und Gewalt gegen Frauen hängen eng zusammen, führte Margo weiter aus und verortet die Konstruktion von Männlichkeit in der militärischen Sozialisierung der Soldaten. Die sexuelle Aktivität des Mannes ist ein wichtiger Bestandteil des militärischen Trainings und von Kriegshandlungen. So wird im Training die «militarisierte Maskulinität» (Cynthia Enloe) hergestellt, indem die

stereotypen Männlichkeitsattribute wie «Dominanz», «Macht», «körperliche Stärke», «sexuelle Potenz», et cetera gefördert und reproduziert werden, um die Soldaten für den Kriegseinsatz vorzubereiten. Männer, die diesen Stereotypen nicht entsprechen wollen oder können, werden als Schwule, Schwächlinge oder «Pussy» beschimpft. Die stereotypen Geschlechterbilder «Männlichkeit gleich stark» und «Weiblichkeit gleich schwach» werden in den Köpfen der Soldaten verankert.

### Militarisierung der Gesellschaft

In ihren Ausführungen betonte Margo den Zusammenhang von Aussen- und Innenpolitik. Die US-amerikanische Gesellschaft wird zu-

nehmend militarisiert. Im Staate Kalifornien wird beispielweise mehr Geld für Gefängnisse ausgegeben als für Bildung. Staatliche Schulen geben die Daten der SchülerInnen automatisch ans Pentagon weiter. Die aggressive und expansive Aussenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika schlägt sich in der stetigen Erhöhung des Militärbudgets nieder, zu Ungunsten von Ausgaben für Gesundheit, Bildung und anderen sozialen Institutionen. Dies verschärft den Druck auf die unteren Bevölkerungsschichten. Immer mehr Männer

und Frauen sehen sich gezwungen, in der Armee ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Hier schliesst sich der Kreis, der durchbrochen werden kann und muss: Einer Sicherheitspolitik, die auf Militarisierung, Repression und Aufrüstung basiert, muss die feministische Vision einer andern, antikapitalistischen Sicherheitspolitik entgegen gestellt werden, die das Bedürfnis aller Frauen, Kinder und Männer dieser Welt nach gesichertem Lebensunterhalt, Bildung, Gerechtigkeit und Kreativität garantiert.

## Korea: Gespräche statt Präventivkrieg

Im August lancierten südkoreanische Frauen-, Friedens-, Gewerkschafts- und Umweltschutzorganisationen einen internationalen Aufruf gegen die Kriegsprovokationen der USA und forderten die friedliche Beilegung des Atomprogrammkonflikts. Durch eine breite Protestbriefaktion wollen sie die Ende August stattfindenden 6-Länder-Gespräche zwischen Nord- und Südkorea, den USA, China, Russland und Japan beeinflussen.

Zum fünfzigsten Jubiläum des Waffenstillstandes zwischen Nord- und Südkorea verurteilen sie die jahrzehntelange Militarisierung des Alltags und fordern, dass das Waffenstillstandsabkommen endlich durch einen Friedensvertrag ersetzt wird.

Drohungen und Sanktionen können die Pattsituation zwischen den USA und Nordkorea im Nuklearstreit nicht lösen, sondern sie führen nur zu weiterer Eskalation, meinen die InitiatorInnen des Aufrufes weiter. Die Spannungen sind auf dem Höhepunkt

angelangt und machen einen Krieg möglich. Die USA erhöhen ihre militärische Präsenz in der Region und drohen mit einem Präventivkrieg. Japan nutzt die Nordkorea-Krise, um rechtliche Beschränkungen ihrer Militäreinheiten zu lockern und deren Schlagkraft zu stärken und China und Südkorea setzen auf die Modernisierung ihrer Armeen. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Mit der internationalen Briefaktion werden die beteiligten Regierungen aufgefordert, die Gefahr dieser wahnsinnigen Aufrüstung ernst zu nehmen und sich zu konstruktiven Gesprächen zu verpflichten. Die Forderungen lauten:

– Zivile Bedürfnisse müssen ins Zentrum des Friedensdialogs gestellt werden. Militärische Mittel bieten keine Lösung für den gegenwärtigen Streit.

– Sanktions- und Gewaltandrohungen sollen vom Verhandlungstisch ausgeschlossen werden, da sie in der

Vergangenheit sinnvolle Gespräche blockiert haben.

– Bezüglich der Nuklearkrise soll nicht nur Nordkorea zur Abrüstung gezwungen werden, sondern auch die USA müssen von ihrer Erstschlag-Politik abrücken.

– Parallel zur Auflösung des nordkoreanischen Nuklearprogramms sollen sich die USA zu einer Sicherheitsgarantie und zur Aufhebung der Sanktionen verpflichten.

– Alle Vereinbarungen müssen die Hoffnungen der Zivilbevölkerung ernst nehmen, die nicht Krieg wünscht, sondern Versöhnung, Zusammenarbeit und die Wiedervereinigung von Süd- und Nordkorea.

Die Aktion war ein Erfolg. Laut der südkoreanischen Frauenorganisation «Woman Making Peace» wurden am 25. August den beteiligten Regierungen Unterschriften von 114 koreanischen und 48 ausländischen NGO's und von 380 Einzelpersonen aus 43 Ländern überreicht.

Laura Zimmermann



Margo Okazawa an der Konferenz «womanoeuvres».

Foto: ZVG

# «... und bringed ine d' Demokratie bi!»

## Chriegserklärig

1  
Ahgriff isch die bescht  
Verteidigung, d' Frag isch  
wer sich beteiligt und  
ob oisi Sprach gnueg klar isch

mi sind bereit  
au wänn die ganz Wält verseit  
es git eine über ois  
wo d' Verantwortig treit

mi döffed de Chopf  
jetzt nöd in Sand stecke  
es besteht immer no d' Hoffnig  
dass me Massevernichtigschwaffe entdecked

oise Standpunkt  
mümmer durrestiere  
wämmer ine jetzt Bei mached  
gits nachher weniger z' amputiere

d' Wahrheit tut weh  
aber mir händ e gueti Armee  
und es mues niemer Fernseh luege  
wo kei Bluet cha gseh

d' Meinige sind gschpalte  
mi leged oisi offe dar  
wer sini im Gheime phaltd  
bliibt für all e Gfahr

ich bring Wii und Hoschtie  
für e grosses Abigmal  
ich hoff, mi chönd sie stoppe  
wie in Hiroshima

es git pro und contra  
das möchti betont ha  
aber wär ufrüschtet wie mier, dä  
muess au ad Front gha

2  
mi üebed  
Grächtigkeit  
bis mers perfekt druffhänd  
trotzdem chas passiere  
dass sich en Unschuldige id Luft sprängt

zerstreuti Mänsche  
mit Spruchbänder  
sind guet für e Demo  
en Präventivchrieg gwünneder aber nöd  
mit Lieder vom John Lennon

es bruucht  
Propaganda und Strategie  
wo Abstand näh chönd  
und Rakete

Sprängchöpf und Querdänker  
wo nöd wahllos  
jedem gschröpfte Drittwältland  
Beachtig schändek

es bruucht gezielti Ahgriff -  
wänn es Spital trifft  
schicked mer de Verletzte  
e Tonne Malstift

will oisi Töchtere und Söhn  
sind eh so verwöhnt  
die wüssed nidemal meh  
wine Bombe tönt

3  
jetzt mümmer  
all am gliiche Strick zieh

und d' Unterschied vergässe  
oisi Wärt gönd über  
nationali Interässe  
mi bruuched Wütblück und Glaube  
wi de Jesus am Chrüüz  
jede Mänsch isch dienschttauglich  
wänner sis Hus verlüürt

Als überzüügti Chriscchte  
ghört ois d' Luftherrschaft am Himmel  
lönd oi nöd blände  
es mues au ufem Bode stimme

es bruucht e Lischte  
mit allne Pazifischte  
bevors ois de Plan verpatzed  
meh Platz i oisne Chiscchte

s' Militär  
cha nöd überall si,  
wänn prekär wird  
mischemer ois überall dri  
und bringed ine d' Demokratie bi

wege zwei  
Wulchechrazer gheit ois känn  
Zacke us de Chrono  
e Gäge Attacke  
würd sich für ois sogar lohne

oisi Schulde wachsed  
wämmer si jetzt nomal schoned,  
bliibts e offeni Rächtnig  
für Generatione

4  
Wer hebbt hüt no  
die ander Bagge ane?  
Gott beschütz ois!  
mi hued Bagdad id Pfanne

au wänn ois de Osama  
ois dur d' Lappe gaht -  
fescht stah  
oisi Jagdgründ sind ewig  
mi finded sis Reservat, kämpfed

fü d' Mänscherächt bis zum  
letschte Ma  
ich dank a Vietnam  
die sind hüt besser dra

fü oisi  
breit Unterstützig  
simmer berüchtigt  
Flüchtling wüssed oft nöd, dass de  
Chrieg au Frücht bringt, mi hälfed de

Chinde und Fraue  
wiederufzbaue  
das verbindet über d' Grenze  
und schafft Vertraue

es git no  
vill z'lärne  
für de Friede uf Ärde  
kei Drohgebärde isch z' gross fü oisi Härde

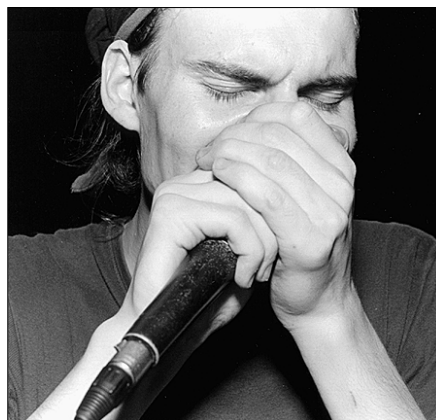
mi münd no  
vill Opfer bringe und  
Gospel singe aber  
niemer cha d' Gunsch  
vo Gott erzwinge

drum  
warted nöd uf Wunder  
und höred uf predige, Zii  
heilt alli Wunde  
jetzt mümmers erledige!

Der Zürcher Rapper und Lyriker  
Jurczok 1001 hat während und  
nach dem Krieg gegen den Irak  
mit Arkstar, dem Kern von  
«Freeform Arkestra», die Spo-  
ken-Word CD «Bush Doktor»  
aufgenommen, die sich kritisch  
mit den Folgen des Krieges  
auseinandersetzt. Die Zeitung  
**KeinKrieg** druckt nebenstehend  
zwei Texte daraus ab.

Jurczok, was hat dich für diese Texte  
inspiriert?

Ich interessiere mich für Sprachmani-  
pulationen. Da bin ich bei der Bush-  
Administration an der Quelle.



Jurczok 1001 Foto: ZVG

Trittst du mit den Songs auch auf?

Ja, die Texte bilden einen Teil des Stü-  
ckes «Umschlagplatz – wer nicht für uns  
ist, ist gegen uns», das ich mit Melinda  
Nadj Abonji geschrieben habe. Da kann  
man die Texte live hören! Hört euch die  
Songs an oder kommt noch besser ins  
Theater!

Du spielst in den Songs stark auf eine  
religiöse Symbolik an ...

Ich habe die «State of the Union Rede»  
von Bush vor Augen: Wie er da im Weis-  
sen Haus der Welt seinen Krieg erklärt  
und über ihm in Stein gemeisselt steht:  
«In God we trust». Das stinkt so zum  
Himmel, dass etwas davon auch wieder  
auf ihn runterkommen muss. Oder mit  
den zehn Geboten gesprochen: Du sollst  
nicht töten ...

Welche Erwartungen hast du an die  
Politik der Schweiz – was Frieden und  
Krieg angeht?

Vielleicht muss man Colin Powell das  
nächste Mal eine ganze Woche nach Da-  
vos einladen, damit er seinen Plan für  
die Bekämpfung der Armut in aller  
Welt und die Situation der Kinder im  
Speziellen bis ins Detail erläutern kann.  
Nein, im Ernst: Wenn just nach dem of-  
fiziellen Kriegsende, bereits wieder  
Schweizer Kriegsmaterial an die USA  
verkauft wird, nimmt man es mit der  
Neutralität vielleicht etwas zu genau ...

Jurczok 1001 ist Rapper, Lyriker, Autor,  
Performer, Human Beatbox und Spo-  
ken Word Pionier der Schweiz. 1997 er-  
schien von ihm die CD «Drehscheibe  
Schweiz», die sich mit Rolle der Schweiz  
im 2. Weltkrieg befasste.

Seit fünf Jahren arbeitet Jurczok  
mit der Autorin und Musikerin Melin-  
da Nadj Abonji zusammen. Am  
24. Oktober 2003 hat ihr gemeinsames  
Theaterstück «Umschlagplatz – wer  
nicht für uns ist, ist gegen uns» in der  
Gessnerallee Zürich Premiere. Regie:  
Mirka Yemen Dzakis.

Weitere Vorstellungen: 31. 10. / 1. 11.  
im Fabriktheater Rote Fabrik Zürich;  
7. 11. im Vorstadttheater Basel; 14. 11. in  
der Tuchlaube Aarau und 12. / 13. 12.  
nochmals in der Gessnerallee Zürich.

Zur Premiere erscheint auch die  
EP/CD «Bush Doktor» von Jurczok 1001 &  
Arkstar, die neben drei Titeln mit Text  
ein Humanbeatbox-Stück und zwei  
Instrumentals enthält. Ein Song kann  
unter [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch) angehört werden.

## Vater unser

Vater unser  
steh uns  
in diesen dunklen Stunden bei  
und bewahre uns vor Unheil

der du bist im Himmel  
gib den Unterdrückten eine Stimme  
geheiligt werde dein Name  
wir handeln in deinem Sinne

dein Reich komme  
über den Teich  
und befreie uns Menschen  
die Zeit ist reif

dein Wille geschehe  
keine Pillen und Kondome  
keine Kinder  
vor der Ehe

wie im Himmel  
so im Feldzug  
verschaffen wir dir  
Geltung

unser täglich Brot  
gib uns heute  
wir teilen uns mit den Briten  
die Beute

und vergib uns  
unsere Taten  
und beschütze unsere  
tapferen Soldaten

wie auch wir vergeben  
jedem, der sich vor uns  
in den Staub wirft  
und bereit ist, zu reden

und führe uns  
zu den Waffenlagern  
damit wir unsern  
Kriegsgrund haben

und erlöse uns  
von den Bösen  
damit wir sie nicht  
selber töten

denn dein ist das Reich  
und uns ist das Öl  
eine Pipeline unter dem Teich  
ja, das wäre schön

und die Kraft  
für die Raffgier  
und den nächsten  
Krieg

und die Herrlichkeit  
über den Planeten  
und den nächsten  
Sieg

in Ewigkeit  
unsere Wenigkeit  
in deinem Namen  
Amen

## Impressum KeinKrieg Nr. 5/03

HerausgeberInnen  
Die Zeitung «Kein Krieg», Nr. 4, Mai 2003, wird herausgegeben von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Postfach 330, 4127 Birsfelden), den Grünen Schweiz, der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, den Frauenstimmen gegen Krieg, der Wochenzeitung WoZ, der GSoA-Zitig. Die Zeitung «Kein Krieg» wird folgenden Zeitungen beigelegt: GSoA-Zitig, Wochenzeitung WoZ.

An dieser Nummer haben mitgearbeitet Georg Bauer (WoZ), Franz Kälin (SAH), Stefan Gisler (SAH), Jurczok 1001, Armin Köhli (WoZ), Nico Lutz (GSoA), Stefan Luzi (GSoA, verantwortlich für den Inhalt), Barbara Müller (cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit), Martin Parpan (GSoA), Nina Schneider (Frauenstimmen gegen Krieg), Rolf Stocker (SAH), Silvia Strahm Bernet, Bruno Wüest, Laura Zimmermann (Frauenstimmen gegen Krieg)

Kontakt  
Zeitung «Kein Krieg», Postfach, 8031 Zürich  
Tel. 01 273 01 00, Email: [info@keinkrieg.ch](mailto:info@keinkrieg.ch),  
Internet: [www.keinkrieg.ch](http://www.keinkrieg.ch), [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch)

PC-Konto  
PC 87-595926-6 (Zeitung «Kein Krieg», 8005 Zürich). Spenden sind sehr willkommen.  
Druck Ropress Zürich  
Auflage 50 000 Exemplare

Bestelltalon für die EP/CD «Bush Doktor»  
von Jurczok 1001 & Arkstar

Bestelladresse:

Name

Strasse

PLZ

Ort

Email

Bestellmenge:

Ich bestelle \_\_\_ CD à 25.- (inkl. Porto)

Ich bestelle \_\_\_ EP (Vinyl) à 25.- (inkl. Porto)

Talon einsenden an: Masterplanet, Idasstr.48, 8003 Zürich